



Mathias Reding auf Unsplash



## Deindustrialisierung? **Das Ende der Arbeiterklasse?**

### **06** Bis auf das letzte Hemd

Angriffe auf Soziales kommen unter dem Vorwand der Entlastung

### **16** Solidarität mit Kuba!

Wie wurde Kuba dem US-Imperialismus so ein Dorn im Auge?

### **20** Der 8. Mai bleibt umkämpft

Gedenken an die Opfer des Faschismus wird instrumentalisiert

**3** Droht Deutschland die Deindustrialisierung? **8** Gibt es die Arbeiterklasse in Deutschland noch?  
**11** Die stärkste konventionelle Armee Europas - die neue Militärstrategie **12** Schulstreikbewegung:  
Wem der Vorwurf der Unterwanderung nützt **14** „Superhelden“ in Uniform **15** Wie EU-Sanktionen  
Kriegsgegner mundtot machen sollen **16** Solidarität mit Kuba **18** Haben die USA den Irankrieg bereits verloren?  
**20** Der 8. Mai bleibt umkämpft **22** Genosse Uli Feuerhelm: Ein Kämpfer ist gestorben

# LIEBE LESER,

in dieser Ausgabe widmen wir uns der gängigen Erzählung, Deutschland würde deindustrialisiert werden und die Arbeiterklasse sei ein Ding der Vergangenheit. Dass dies vor allem eine Erzählung ist, die dem Kapital dazu dient, Angst um Arbeitsplätze und Spaltung in der Arbeiterklasse zu verbreiten, um so die Ausbeutung intensivieren zu können, zeigt sich an den Zahlen. Wenn wir uns diese anschauen, zeigt sich klar, dass es zwar Verschiebungen in der deutschen Wirtschaft gibt, weder aber von einer Deindustrialisierung noch von einem Ende der Arbeiterklasse zu sprechen ist. Ganz im Gegenteil: Die Arbeiterklasse wächst und der Druck auf sie nimmt zu: Kapitalverbände und Regierung planen im Eiltempo unzählige Angriffe auf unseren Lebensstandard und Rechte, die sie uns als „Reformen“ verkaufen. Die Krise des deutschen Kapitals wird auf uns abgewälzt und seine Konkurrenzfähigkeit soll durch etliche Sparmaßnahmen und Intensivierung der Ausbeutung bei uns hergestellt werden.

Wir widmen uns außerdem der ersten Militärstrategie der BRD, die jüngst veröffentlicht wurde. Die zunehmende Aggressivität des deutschen Imperialismus zeigt sich auch in den Angriffen auf die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht. Diese Angriffen werden wir in dieser Ausgabe genauer untersuchen. Auch blicken wir auf die Militarisierung der Schulen, wo in erschreckend hoher Zahl Bundeswehrbesuche stattfinden, bei denen Jugendoffiziere sowohl die „Sicherheitsstrategien“ Deutschlands propagieren als auch für den Wehrdienst werben.

In der Rubrik Internationales geht es um die EU-Sanktionen gegen den anti-imperialistischen Journalisten Hüseyin Dođru sowie um die Situationen im Iran und um Kuba. Zuletzt schauen wir auf die Methoden der Regierung zur Instrumentalisierung von Erinnerungspolitik für ihre imperialistischen Zwecke im Kontext des kommenden 8. Mai.

Im letzten Monat ist zudem unser Genosse Uli Feuerhelm verstorben, ein Nachruf findet ihr auf der letzten Seite. Wir werden seinen Kampf weiterführen!

**WIR WÜNSCHEN VIEL SPASS BEIM LESEN UND GUTE DISKUSSION,**

## DIE REDAKTION

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 24. Mai.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer  
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

V.i.S.d.P.: D. Möller

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

[www.arbeitzukunft.de](http://www.arbeitzukunft.de)

[webmaster@arbeit-zukunft.de](mailto:webmaster@arbeit-zukunft.de)

Tel: 07159 4200174

### Bankverbindung

Kontoinhaber: Diethard Möller

IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03

Kreditinstitut: Postbank Stuttgart

BIC: PBNKDEFFXXX

# IM MAI... 1886

## DER URSPRUNG DES ARBEITERKAMPFTAGS 1. MAI LIEGT IN DEN USA

Die Situation der US-amerikanischen Arbeiter war geprägt durch extreme Ausbeutung und Unterdrückung. Miserable Arbeitsbedingungen wie 12- bis 14-stündige Arbeitstage, Hungerlöhne und der ständige Druck durch billigere Arbeiter, die vor den Toren der Fabriken warteten, um ausgetauscht zu werden, waren an der Tagesordnung. Während die Fabrikbesitzer horrenden Gewinne anhäuften, konnten die Arbeiter von ihrem Lohn kaum leben.

Aufgrund dieser Bedingungen entwickelte sich erstmals die Forderung der Gewerkschaften nach dem Achtstundentag. „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf und acht Stunden Familie“, hieß es. Außerdem gab es einen Einfluss von Kommunisten und Anarchisten, die aus Deutschland geflohen waren, da sie unter Reichskanzler Bismarck verfolgt wurden, die nun in der Arbeiterbewegung in den USA Einfluss hatten.

Den überlebenswichtigen Protesten der Arbeiterklasse wurde durch die Fabrikbesitzer und die Polizei entschlossen entgegengetreten.

Eine Atmosphäre der Gewalt entstand.

Die Presse hetzte gegen die Bewegung. Schlagzeilen, dass Handgranaten gegen diejenigen geworfen werden sollten, die höhere Löhne und weniger Arbeitszeit forderten, erschienen. Fabrikbesitzer setzten Spitzel, Provokateure und Schlägertrupps gegen die Arbeiter ein, spalteten mit ethnischen Lügen. Die Polizei verprügelte täglich Demonstranten.

Am 1. Mai 1886 gab es einen Generalstreik für den 8-Stunden-Tag, an dem sich rund 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben beteiligten. Allein in Chicago waren es 90.000. Daraufhin fand ein mehrtägiger Streik in Chicago statt. Die friedlich verlaufenden Streiks wurden meist gewaltsam aufgelöst. Am 3. Mai, erschoss die Polizei bei einer weiteren sechs Arbeiter. Am 4. Mai wurde von einem Unbekannten (wahrscheinlich ein Provokateur) eine Bombe während der Versammlung auf dem Haymarket gezündet. Es starben zwölf Menschen, darunter ein Polizist vor Ort; sechs weitere Polizisten starben an den Folgen ihrer Verletzungen. Nach der Detonation der Bombe eröffnete die Polizei das Feuer und tötete eine unbekannte Anzahl von Teilnehmern der Versammlung.

Da einige der Redner Anarchisten waren, wurde in der Öffentlichkeit und von der Stadtregierung gehetzt, dass sie für den Anschlag verantwortlich waren. Allerdings wurde nie ermittelt, wer die Bombe gezündet hatte.

Die Stadtregierung nutzte die Chance, die Anführer der Arbeiterbewegung vor Gericht zu stellen. Acht Männer, die Mitorganisatoren der Versammlung waren, wurden ohne Beweise z.T. zum Tode verurteilt.

Dies war ein Wendepunkt für die US-amerikanische und internationale Arbeiterklasse. Auch heute sehen wir von Seiten der deutschen Bundesregierung viele Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Sei es die Forderung, den Achtstundentag abzuschaffen, Feiertage zu streichen oder die massive Aufrüstung, die sich auf alle Bereiche unseres Lebens auswirkt. Das sollte Anlass genug sein um am 1. Mai auf die Straße zu gehen und für eine andere Gesellschaft zu kämpfen.

# DROHT DEUTSCHLAND DIE DEINDUSTRIALISIERUNG?

150.000 Stellen sollen 2026 abgebaut werden - mit der Begründung, die Konkurrenzfähigkeit der Industrie zu sichern und die Deindustrialisierung Deutschlands zu verhindern. Aber stehen wir wirklich kurz vor der Deindustrialisierung Deutschlands? Oder sind wir bereits mittendrin?

**S**eit dem Ausbruch des Ukrainekrieges 2022 wähnt sich die deutsche Industrie in einer existenzbedrohenden Krise. Der rasante Anstieg der Energiepreise, verursacht durch den Wegfall günstiger russischer Gasimporte, brachte die deutschen Industrieunternehmen unter Druck. Zur gleichen Zeit veränderte sich auch die Wettbewerbssituation auf dem europäischen Markt. Im Jahr 2022 stieg der Gesamtwert der Importe aus China um 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Folge: seit 2024 kündigten deutsche Industrieunternehmen die Streichung hunderttausender Arbeitsplätze an. Droht der deutschen Industrie unter diesen verschärften Bedingungen nun also das Aus? Stehen wir kurz vor der Deindustrialisierung Deutschlands? Oder sind wir bereits mittendrin?

## Industriention Deutschland in Gefahr?

Bei der Industrie handelt es sich um ein entscheidendes Standbein der deutschen Wirtschaft, das etwa ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. Ein weiterer wichtiger Faktor dabei ist, dass Industrieerzeugnisse eine zentrale Rolle für die positive deutsche Außenhandelsbilanz spielen. Allein Kraftfahrzeuge (inklusive Kraftfahrzeugteilen), Maschinen und chemische Erzeugnisse machen fast 40% der deutschen Warenexporte aus. Die Konkurrenzfähigkeit des industriellen Sektors ist damit ein integraler Bestandteil der deutschen Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent, sowie weltweit. Nun ist diese Vormachtstellung durch den Anstieg der Produktionskosten und neue Wettbewerber, insbesondere aus China, bedroht. Mit milliardenschweren Zuschüssen und Entlastungen, wie beispielweise dem „Energiekostendämpfungsprogramm“ (EKDP), der drastischen Senkung der Stromsteuer oder Energiepreisdeckeln, eilte die Politik der deutschen Industrie zur Hilfe. Auch Maßnahmen wie Subventionen zur Modernisierung der Produktionsanlagen (siehe „Grüner Stahl“) sowie Schutzzölle wurden zur „Rettung der deutschen Industrie“ auf den Weg gebracht.

Doch damit nicht genug. Zur weiteren Steigerung der Gewinnrenditen und um mit den günstigen Produkten aus Fernost weiterhin konkurrieren zu können, sind die deutschen Industriekonzerne auf weitere Einsparungen bei den Produktionskosten angewiesen und so folgten seit 2024 zahllose Rationalisierungspläne, die den Abbau von hunderttausenden Arbeitsplätzen innerhalb weniger Jahre vorsehen. In fast allen deutschen Industrieunternehmen wurde der Rotstift an den Lohnstückkosten angesetzt, sodass - nach Angaben des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall - allein im Jahr 2026 bis zu 150.000 Stellen nur in der Metall-Elektroindustrie vernichtet werden könnten. Weitere 270.000 Arbeitsplätze sollen bereits seit 2018 vernichtet worden sein. Besonderer Beschleuniger dieser Entwicklung war die Ankündigung über den Abbau von 30.000 Stellen des Volkswagen-Konzerns im Frühling 2024. Viele weitere Industrieunternehmen zogen nach. Bosch streicht 22.000 Stellen, die Deutsche Post 8.000, Audi

7.500, DB Cargo über 6.000, SAP 10.000. Vor wenigen Wochen erhöht Volkswagen auf 50.000. Und wieder lässt auch die Politik nicht lange auf sich warten und stimmt in den Reigen der Unternehmensverbände ein. Ein umfangreicher Abbau von Sozialstaat und Arbeiterrechten soll die Lohnstückkosten weiter senken. Länger und flexibel nach den Bedürfnissen des Unternehmens arbeiten durch die Aufhebung des 8-Stunden-Tages, angeschlagen und krank arbeiten durch die Aufweichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, mehr arbeiten durch die Abschaffung von Feiertagen und durch die Abschaffung des Rechts auf Teilzeit, Lohndumping durch härtere Auflagen und Sanktionen beim Bürgergeld und arbeiten selbst nach Renteneintritt durch die steuerbefreite „Aktivrente“.

*Lohnstückkosten sind die Arbeitskosten (Löhne + Sozialabgaben), die für die Herstellung einer einzelnen Einheit eines Produkts oder einer Dienstleistung anfallen.*

## Dem Untergang geweiht?

Es besteht kein Zweifel: die Situation der deutschen Industrie ist angespannt. Was uns Arbeitgeberverbände und Politik jedoch als „existenzielle Krise“ und als Untergangsszenario zu verkaufen versuchen, ist der knallharte, typisch kapitalistische Verdrängungswettbewerb zwischen den international agierenden Konzernen. Während das deutsche Kapital zuvor fast zwei Jahrzehnte lang seine „unangetastete“ Vorherrschaft auf dem EU-Binnenmarkt behaupten und durch niedrige Energie- sowie Lohnstückkosten (günstiges russisches Gas und größter Niedriglohnsektor Europas) einen beträchtlichen Exportüberschuss zulasten der übrigen EU-Länder erwirtschaften konnte, kommt es nun dazu, dass diese Vorherrschaft in Frage gestellt wird. Allerdings ist dies kein „europäisches Phänomen“ bzw. kein rein „deutsches Problem“, wie sich an den Entwicklungen der letzten Jahre deutlich zeigt. Überall auf der Welt kommt es aufgrund des immer weiter abflachenden globalen Wirtschaftswachstums zu einer verschärften Konkurrenz zwischen den Kapitalisten verschiedener Konzerne und Länder. Die internationalen Märkte sind endlich und zunehmend erschöpft, sodass es für das Kapital immer schwieriger wird, gleichbleibende Profite durch den Absatz ihrer Waren zu realisieren. Die einzige Möglichkeit für weitere Expansion bzw. die Stabilisierung der Umsatzrenditen be-



steht darin, „gegnerische“ Marktanteile zu erobern. Das bedeutet Verdrängungs- und Unterbietungswettbewerb. Heute äußert sich dies in großen Teilen der Welt durch riesige Subventionspakete für die „einheimische“ Wirtschaft, durch Strafzölle, durch umfangreiche Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten, durch tiefe Einschnitte in den Sozialstaat, aber auch durch die zunehmende militärische Aggressivität und Gewalt.

Die Situation der deutschen Industrie bietet davon keine Ausnahme.



Vielmehr ist sie ein Paradebeispiel für diese allgemeinen Entwicklungen. Doch anders, als es uns die Unternehmensverbände glauben machen wollen, ist in dieser Situation nicht das Fortbestehen der deutschen Industrie insgesamt bedroht. Die deutsche Industrie fußt nach wie vor auf leistungsstarken und modernen Produktionsanlagen, gut ausgebildetem Fachpersonal sowie technologisch wettbewerbsfähigen Produkten. Auch wenn es mittlerweile in einigen Produktsegmenten- und sparten starke Konkurrenz insbesondere hinsichtlich der Preise gibt, bleiben deutsche Industrieerzeugnisse in Qualität und Technologie größtenteils international wettbewerbsfähig. Die besondere Situation allerdings: Deutschland sieht sich in seiner traditionell stärksten Branche, der Automobilindustrie, nicht mehr nur mit preislichem, sondern auch mit technologischem Konkurrenzdruck konfrontiert. Chinesische Wettbewerber haben es vor allem im Bereich der Elektromobilität geschafft, ihre deutschen Konkurrenten zu übertreffen und werden den deutschen Automobilkonzernen nun sogar auf „ihren eigenen Märkten“ (deutscher und europäischer Binnenmarkt) gefährlich. Doch eine solche Wettbewerbssituation zu einer „die gesamte Existenz gefährdenden Krise“ einer einzelnen Branche – geschweige denn der gesamten deutschen Industrie – hochzustilisieren, ist eine absurde Übertreibung und gezielte Panikmache. Natürlich bringt diese Situation deutsche Konzerne unter Druck. Bedroht sind dadurch jedoch im Wesentlichen nur die Profitraten des deutschen Industriekapitals.

Die Unternehmerverbände versuchen mithilfe einer künstlichen Hysterie, die Industrie in Deutschland als „Opfer aller Umstände“ zu markieren. „Zu hohe Energiekosten“, „zu hohe Modernisierungskosten“, „zu hohe Lohnstückkosten“, „zu wenig Produktivität“, „zu viel Bürokratie“, „zu viel Umweltschutz“, „zu schlechte Infrastruktur“, „zu wenig Fachkräfte“, „zu wenig staatliche Förderungen“, und so weiter und sofort. Die Liste ist endlos lang und folgt man den Untergangsszenarien der Konzernspitzen, dann droht Deutschland die massenhafte Abwanderung der Industrie und damit jeden Moment, auf den Stand eines Entwicklungslandes abzurutschen. „Die drittgrößte Volkswirtschaft – nur eine Haaresbreite vom totalen Zusammenbruch entfernt“, ist die Message. Doch wozu diese Gruselgeschichten?

## Ängste schüren, Gewinne steigern

Die Deindustrialisierungs-Phantasien erfüllen einen wichtigen Zweck für die deutschen Industriekonzerne. Um unter den verschärften Wettbewerbsbedingungen nicht den Anschluss zu verlieren, sind sie darauf angewiesen, in allererster Linie die Gewinnrenditen und Dividenden abzusichern, während gleichzeitig Produktions- und damit auch die Produktkosten gesenkt werden müssen. Zur Senkung der Produktionskosten kommen im Wesentlichen zwei Instrumente in Frage: erstens die Bezuschussung der Produktion durch staatliche Mittel (Subventionen, Steuer-senkungen, etc.); zweitens die Senkung der Lohnstückkosten bzw. die verschärfte Ausbeutung der lohnabhängig Beschäftigten (Rationalisierung, Lohnkürzung, Entgrenzung der Arbeitszeit, etc.). Der Mythos der Deindustrialisierung bereitet den Boden für diese Maßnahmen, indem er unter der allgemeinen Bevölkerung und ganz besonders unter den betreffenden Beschäftigten eine ernsthafte Angst vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze schürt. Der Erhalt von vielen Millionen Arbeitsplätzen wird dadurch in einen scheinbaren Widerspruch zu Sozialstaat, Tarifverträgen und Arbeiterrechten gerückt. Dadurch versucht man nicht nur,

die Bevölkerung zu erpressen, nach dem Motto: „Gib dies freiwillig ab, damit du jenes nicht verlierst.“ Man versucht mithilfe einer solchen Erzählung ebenfalls von einem Teil der Maßnahmen abzulenken, die letztendlich alle einen Einschnitt in den Lebensbedingungen der breiten Mehrheit bedeuten. Während sich die knapp 35 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eigentlich fragen müssten, warum sie zukünftig trotz steigender Produktivität und sich ständig entwickelnder Technologie selbst noch in der Rente weiterarbeiten sollen, lenkt man sie mit einer „Bedrohung von außen“ ab, die den „deutschen Wohlstand“ gefährdet. Doch nicht nur der gegnerische Wettbewerber sei schuld an der Misere, dass deutsche Konzerne nicht mehr „ungestört“ bei üppigen Margen ihre Waren quer durch Europa verschleudern können. Auch der Arbeiter trage eine Mitschuld und zwar in Form seiner diversen Privilegien, wie beispielsweise Tariflöhne, eine bezahlte Krankenschreibung, eine maximale Tagesarbeitszeit und dergleichen mehr. So lautet die Message hinter den Klagegesängen des Industriekapitals.

Und tatsächlich erwies sich diese Taktik bislang als ziemlich erfolgreich. Getrieben durch die Angst, dass die deutsche Industrie jeden Moment ihre Pforten schließen und dem Land den Rücken kehren könnte, blieb es selbst im Angesicht von Werkschließungen und hunderttausendfachem Stellenabbau in der deutschen Industrie fast völlig still. Der Volkswagen-Konzern ist hier ein anschauliches Beispiel: Anfang 2024 kündigte der Konzern den Abbau von 30.000 Stellen sowie die zeitnahe Schließung von drei Werken an. Das Ziel: die Steigerung der Gewinnrendite von 3,5 auf 6,5 Prozent. Mit etwas weniger als 300.000 Beschäftigten entspricht das der Vernichtung von über 10% der konzernweiten Arbeitsplätze in Deutschland. Was in einem der am besten gewerkschaftlich organisierten Konzerne Deutschlands folgte waren zwei Warnstreiktage, an denen sich immerhin etwa 100.000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. Dann folgte bereits der Abschluss der Tarifverhandlungen zur Standort- und Beschäftigungssicherung. Das Mitte Dezember erzielte Ergebnis: keine betriebsbedingten Kündigungen, dafür aber der Abbau von 35.000 Arbeitsplätzen bis 2030, dazu Lohnverzicht und eine ungewisse Zukunft für mehrere Werke. Im Frühjahr 2026 kündigte der Konzern an, dass statt der vereinbarten 35.000 nun 50.000

Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Widerstand? Fehlanzeige. Mit zwei Warnstreiktagen zahlte der VW-Konzern also für die Vernichtung von einem Sechstel der deutschlandweiten Arbeitsplätze und schaffte es obendrein noch, die Beschäftigten zum Verzicht auf Lohnerhöhungen und Urlaubsgeld zu nötigen. Doch damit ist VW kein Einzelfall. Der Verzicht auf Lohnbestandteile zur vermeintlichen Absicherung der Arbeitsplätze statt des gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampfes, zieht sich wie ein rotes Band durch deutsche Industriebetriebe. Bosch Bamberg, Alstom sowie ZF sind nur einige wenige weitere Beispiele für diesen „Trend“. Die Drohkulisse wirkt, denn bislang gibt es nur vereinzelte Beispiele, in denen sich Belegschaften durch kämpferische Aktionen und oder längere Streiks ernsthaft gegen die Rationalisierungspläne ihrer Arbeitgeber zur Wehr setzen. Zwei solcher Beispiele sind der Kampf der Kolleginnen und Kollegen am Bosch-Standort Waiblingen, sowie der Kampf der Jungheinrich-Beschäftigten in Lüneburg.

### Schlecht geführt ist halb verloren

So wahr wie die Tatsache, dass die Kolleginnen und Kollegen vieler gut organisierter Industrieunternehmen kaum Widerstand gegen Werkschließungen und tausendfachen Stellenabbau leisten, so wahr ist auch die Tatsache, dass sie in dieser nervenaufreibenden Situation im Stich gelassen wurden. Denn die Gewerkschaften - allen voran die IG Metall, die den Großteil der betroffenen Betriebe in ihrem Organisationsgebiet vereint – wurden ihrer Verantwortung und Aufgabe nicht gerecht, eben solche Kämpfe zur Verbesserung oder Verteidigung der Arbeitsbedingungen zu initiieren und zu organisieren. Denn eine Gewerkschaft ist mehr als nur die Summe ihrer Mitglieder. Ihre Kernaufgabe ist die Organisation des praktischen, wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter, unter Zuhilfenahme ihrer kollektiven und historischen Kampferfahrungen, sowie der sich daraus ableitbaren theoretischen Einsichten. Ihre Aufgabe ist es in einer solchen Situation vorbereitet zu sein, das heißt die Anzeichen früh genug erkannt zu haben, denn schließlich sitzen ranghohe Gewerkschafter in den Aufsichtsräten großer Unternehmen und werden dort frühzeitig über solche Absichten informiert. Ihre Aufgabe ist es auch, durch einen jahrzehntealten und branchenübergreifenden Erfahrungsschatz die Argumente und Narrative der Kapitaleseite zu verstehen und die Arbeiterinnen und Arbeiter über Täuschungsmanöver und Tatsachenverdrehungen aufzuklären. Es ist die Aufgabe einer Gewerkschaft, alle verfügbaren Informationen und Sachmittel für eine vom Unternehmen unabhängige Meinungsbildung zur Verfügung zu stellen und unter den gegebenen Umständen den Weg zum bestmöglichen Ergebnis aufzuzeigen.

Stattdessen übernahmen allen voran Vertreter der IG Metall die Erzählung des Industriekapitals von einer „existenzbedrohenden Krise“ der deutschen Industrie. Oft reagieren diese Vertreter der Sozialpartnerschaft zwar empört und zornig auf derartige Vorstöße der Arbeitgeber. Nicht selten kündigen sie in solchen Momenten „erbitterten Widerstand“ an. Doch indem sie sich den Argumentationsmustern der Kapitaleseite völlig unterwerfen und weiterhin die Interessensgemeinschaft von Beschäftigten und Unternehmen predigen, entziehen sie jeglichem „Widerstand“ den Boden. Auch wenn es wichtig ist, das Versagen der Gewerkschaften in dieser Situation klar zu benennen, darf dies nicht als Ausrede oder alleinige Rechtfertigung für den ausbleibenden Widerstand der Industriebelegschaften herhalten. Denn zum einen sind die Gewerkschaften des DGBs basisdemokratische Organisationen, was bedeutet, dass die zuständigen Tarifkommissionen, die über die Annahme von Verhandlungsergebnissen, die Aufnahme von Arbeitskampfmaßnahmen und so weiter entscheiden, alle durch die Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb bzw. durch die Vertrauensleute der Gewerkschaft

im Betrieb gewählt werden. Es sind also Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, die die Entscheidungen letztlich treffen. Sollten die Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb unzufrieden mit der durch sie (mit)gewählten Tarifkommission sein, so haben sie also die Möglichkeit, ihre Mandatsträger im Betrieb zur Rede zu stellen oder gegebenenfalls neu zu wählen. Zum anderen kann man sich nicht hinter der ausbleibenden Aktivität der Gewerkschaft im Betrieb verstecken, weil der betriebliche Kampf nicht alleinig von der Gewerkschaft abhängt. Die Gewerkschaften sind wichtige Instrumente zur Organisation des Kampfes, insbesondere über Betriebs-, Branchen- und Ländergrenzen hinweg. Allerdings lässt sich der Widerstand im Betrieb „zur Not“ auch ohne gewerkschaftliche Strukturen organisieren, dann braucht es allerdings andere Formen der Selbstorganisation. Unorganisiert lässt sich ein solcher Kampf nicht führen oder gewinnen.

### Solidarität statt Spaltung

Die entscheidende Stärke der Beschäftigten liegt in ihrer Einheit. Nur mit vereinten Kräften können sie es schaffen, den Vorhaben oder Entscheidungen der Kapitaleseite etwas entgegenzusetzen. Selbst bei Werkschließungen oder tausendfachem Stellenabbau ist dies möglich. Denn so gut wie nie schließt ein Unternehmen von einem Tag auf den nächsten seine Werkstore und legt ganze Fabriken still. In der Regel geschieht dies, genau wie der Abbau von Arbeitsplätzen, über einen Zeitraum von zwei bis fünf Jahren. Genug Zeit also, um sich als Kolleginnen und Kollegen um seine gemeinsamen Interessen herum zu sammeln und den Kampf aufzunehmen. Selbst nach der Ankündigung, ein Werk schließen zu wollen, läuft die Produktion also zunächst „wie gewohnt“ weiter, denn für den verbleibenden Zeitraum kalkuliert das Unternehmen natürlich weiterhin mit einer gewissen Stückzahl zur Abfertigung bereits bestehender Verträge. Selbst dann lässt sich durch kollektive Arbeitskampfmaßnahmen, wie beispielsweise Arbeitsniederlegung oder Dienst nach Vorschrift, noch Druck auf die Unternehmensführung ausüben. Es ist also längst nicht alles verloren - im Gegenteil. Gerade unter diesen Vorzeichen, wenn es die Kapitaleseite zur Stabilisierung oder Erhöhung ihrer Gewinnmargen auf unseren Arbeitsplatz abgesehen hat, sollten wir uns wehren und für unsere Rechte und ein sicheres Auskommen und einen sicheren Arbeitsplatz kämpfen. Damit bedrohen wir weder die Zukunft der deutschen Industrie insgesamt, noch die eines einzelnen Unternehmens. Andersherum bedroht die hunderttausendfache Arbeitsplatzvernichtung allerdings unsere Zukunft. ★

### Internationale Solidarität

*Wichtig ist es auch, in dieser Situation, in der die Kapitalisten verschiedener Länder miteinander ringen und dabei nationalistische Argumente zur Rechtfertigung und Bemäntelung ihres profitgetriebenen Konkurrenzkampfes schüren, dieser Hetze gegen anderen Nationalitäten oder Ethnien entschieden den Kampf anzusagen. Man versucht ins dadurch in eine Konkurrenz mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern zu verstricken. Das Ziel der Konzerne ist dabei ein Unterbietungswettbewerb zwischen den Arbeitern verschiedener Ländern, indem sie überall erzählen, dass sie in anderen Ländern günstiger produzieren könnten. Diesem Argument nachzugeben und auf eigene Rechte oder auf Lohnbestandteile zu verzichten, bedeutet den Anfang einer Abwärtsspirale, die die Arbeitsbedingungen aller Arbeiter gefährdet, während die Unternehmen profitieren. Diesen Spaltungsversuchen, ob Standort gegen Standort, Einheimische gegen Migranten oder Nation gegen Nation, gilt es mit Solidarität und Klassenbewusstsein zu begegnen. Nur so wird die Arbeiterklasse ihre Situation in Zeiten verschärfter kapitalistischer Konkurrenz behaupten und verbessern können.*

# BIS AUF DAS LETZTE HEMD

„Tankrabbatt“, Entlastungsprämie und stabilere Krankenkassenbeiträge – immer schöner werden die Umschreibungen der Bundesregierung für die beschlossenen Angriffe auf uns. Ein Schleier, hinter dem die Profitspritzen für das deutsche Kapital vorangetrieben werden.

In den letzten Wochen haben sich die Schlagzeilen rund um die Debatten zwischen den Koalitionsparteien über die geplanten Reformen überschlagen. Kaum ein Tag verging, an dem nicht erneut darüber debattiert worden ist, wer sich von CDU und SPD nun mutiger zeigt und wer bei den Reformvorschlägen „einknicken“ und nicht weit genug gehen wird. Begriffe wie „Tankrabbatt“, Entlastungen und sinkende Steuern standen dabei im Vordergrund. Doch auf den zweiten Blick wird schnell deutlich: Mit jeder einzelnen Maßnahme teilt die Bundesregierung aus und hakt die Ansagen der Arbeitgeberverbände nach und nach ab – und die Last geht dabei auf die Arbeiterklasse, die Gewinne nach oben.

## Werden die Spritpreise sinken?

Schön formuliert verkauft uns die Bundesregierung die beschlossene Senkung der Mineralölsteuer als sogenannten „Tankrabbatt“. Um die Spritpreise zu senken, soll ab dem 1. Mai die Mineralölsteuer für insgesamt zwei Monate um ca. 17 Cent pro Liter gesenkt werden. Bundeskanzler Friedrich Merz kündigte dabei an, dass er erwartet, dass die Senkung der Mineralölsteuer komplett an die Verbraucher weitergegeben werde. Denn das Problem: Die „Weitergabe“ der Senkung an die Verbraucher ist für die Konzerne überhaupt nicht verpflichtend. So erklärte Andreas Mundt (Präsident des Bundeskartellamtes): „Die Unternehmen, die es nicht machen würden, würden sich auch nicht rechtswidrig verhalten, zumindest würden sie nicht gegen Kartellrecht verstoßen“. Die Senkung der Mineralölsteuer führt also nicht automatisch zu günstigeren Preisen an den Zapfsäulen selbst. Diese werden nach wie vor von der Marktmacht der großen Ölkonzerne abhängen, die die Preisbestimmung in ihren Händen halten – und das nun mit weniger Steuerabgaben. Es gibt keinen Anhaltspunkt, davon auszugehen, dass diejenigen Energiekonzerne, die vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs 2022 teils historische Rekordgewinne verbuchten, während der Bevölkerung das „Frieren für den Frieden“ nahegelegt wurde, auch nur das leiseste Interesse an geringen Preisen haben. Schon heute zeigt ein Blick auf die Realität: Die in die Höhe schießenden Preise haben weniger mit realer Knappheit zu tun (Deutschland bezieht unter 10 % seines Rohöls aus dem Nahen Osten), sondern mit der Preisspekulation auf den Energiemärkten. Doch die Bundesregierung verschweigt all das und macht dann auch noch den Energiekonzernen Steuergeschenke, anstatt die Preise flächendeckend zu deckeln.

## 1.000 € Prämie für alle?

Unternehmen sollen bis zum 30. Juni 2027 ihren Beschäftigten steuer- und abgabefrei eine 1.000 € Prämie auszahlen können – darauf einigte sich zuletzt der Bundestag mit den Stimmen der CDU und SPD. Garantiert ist die Auszahlung jedoch nicht. Ob die Arbeitgeber sie zahlen, entscheiden sie selbst - auf freiwilliger Basis. Und pünktlich zu den

anstehenden Tarifverhandlungen unter anderem in der Metall- und Elektroindustrie bekommen die Arbeitgeber mit der Entlastungsprämie passenderweise den Ball zugespielt, mit der Entlastungsprämie die Tarifiergebnisse der nächsten Monate aufzuhübschen. Bereits in den letzten Jahren wurden entsprechende Einmalzahlungen in den Tarifverhandlungen vereinbart und als Erfolge verkauft. Doch während jene Einmalzahlungen in den Vordergrund gerückt wurden, blieben dauerhafte und vor allem tabellenwirksame Lohnerhöhungen so gering, dass sie die Teuerungen nicht ansatzweise ausgleichen konnten und damit faktisch zum Reallohnverlust beitragen. Schon während der Coronapandemie zeichnete sich ein ähnliches Bild, als die Inflationsausgleichsprämie im Jahre 2022 beschlossen wurde und entsprechende Einmalzahlungen in den damaligen Tarifverhandlungen insbesondere im öffentlichen Dienst und in der Chemieindustrie vereinbart wurden. Die Arbeitgeber kündigen also jetzt zum einen aufgrund der „angespannten Wirtschaftslage“ schon an, die Möglichkeit der Prämie gar nicht überall zu nutzen und zum anderen vor allem dort zu nutzen, wo sie im Rahmen von Tarifrunden die Zugeständnisse auf ihrer Seite weniger schmerzhaft machen können. Die Prämie ist damit keine Entlastung für die breite Masse der Beschäftigten, sondern eine Hilfestellung für die Kapitalseite in den kommenden Klassenkämpfen.

## Rotstift bei der gesetzlichen Krankenversicherung

66 Kürzungsvorschläge für die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung wurden von der eingesetzten „Expertenkommission“ unter der Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) bereits vor Wochen erarbeitet, um insgesamt 42,3 Milliarden Euro einzusparen. In der seitenlangen Streichliste zum Einsparungspotenzial zeigen sich sehr konkrete Angriffe auf unsere Gesundheitsversorgung: Fünf Prozentpunkte weniger Krankengeld, weniger Zuschüsse beim Zahnersatz, Streichung des Hautkrebscreening und das Einholen eines verpflichtenden Zweitmeinungsverfahrens vor bestimmten Operationen, um „unnötige Operationen“ zu vermeiden und damit die Kosten zu senken. Auf Grundlage dieser Vorschläge erarbeitete das Ministerium prompt einen entsprechenden Gesetzesentwurf „zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung“. Über 150 Seiten wird damit das Gesundheitssystem bis ins kleinste Detail umgewälzt und insgesamt 43 der vorgeschlagenen 66 Maßnahmen übernommen. Darunter: Die Einführung einer sogenannten „Teilarbeitsunfähigkeit“ und eines „Teilkrankengeldes“, um Versicherten mit länger andauernder Erkrankung „eine frühzeitige, freiwillige und flexible Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen“ bzw. besser gesagt zu erzwingen. Versicherte müssen ab dann anstatt bisher 5 € insgesamt 7,50 € bei der Apotheke auf Medikamente zuzahlen. Mit dem neuen Gesetz werden Einsparungen von rund 20 Milliarden Euro erzielt. Dass dabei nicht alle Vorschläge aus der

Kommission übernommen worden sind und etwas weniger Geld als geplant eingespart wird, soll uns dabei letztlich vermitteln, dass hier eine elegante Lösung für alle gefunden worden ist. Doch mit diesen Maßnahmen wurde eine Offensive gegen unsere Gesundheitsversorgung vorbereitet, bei der bereits jetzt geplant ist, die nächsten Monate und Jahre weitere Schritte einzuleiten. Durch die sogenannte Senkung der Lohnnebenkosten wird die Arbeitskraft immer mehr auf ihr Minimum herabgedrückt. Das führt direkt zur Erhöhung der Profitrate der Arbeitgeber. Auch die Pflegeversicherung soll künftig nicht verschont bleiben: Mit den ersten Reformentwürfen soll die Pflegeversicherung zum Beispiel kaum noch für Pflegeheimkosten aufkommen. Die Heimkosten sollen dabei (noch) mehr als bisher aus eigener Tasche bezahlt werden, während der Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz bereits jetzt über 3.200 € pro Monat beträgt.

### Angriffe auf die Schwächsten

Zwischen all diesen Reformen wurde durch den Paritätischen Gesamtverband ein Dokument unter dem Titel „Vorschlagsbuch“ veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass eine „Arbeitsgruppe“ bestehend aus Bundeskanzleramt, den Bundesministerien etc. Pläne erarbeitet haben, um Kürzungen in Milliardenhöhe bei der Jugend- und Kinderhilfe sowie bei Menschen mit Behinderung durchzusetzen. Jener Plan sieht zum Beispiel vor, dass Kinder mit Behinderung keine 1:1 Betreuung anhand ihrer Bedürfnisse mehr bekommen, Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung und die Ganztagsbetreuung von Schulkindern eingegrenzt werden sollen. Christian Woltering (Vorstand des Paritätischen NRW) beschreibt jenen Plan treffend: Das Papier lege die „Axt an die Grundfesten des Sozialstaates“. Die sozialpolitischen Angriffe zielen auf alle Teile der Arbeiterklasse ab, niemand wird verschont. Rentner und diejenigen, die kurz vor Rente stehen, alle Arbeiter und Arbeitslose, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung. Heute schon müssen 1,3 Millionen Menschen im Alter von 65 bis 74 Jahren arbeiten, weil ihre Rente nicht ausreicht. Das entspricht 13 Prozent aller Rentner. Als ob das noch nicht genug wäre, wurde Anfang des Jahres unter dem Namen „Aktivrente“ denjenigen, die in Rente gehen aber arbeiten wollen bzw. müssen, ein steuerfreies „Recht auf Arbeit“ von bis zu 2.000 Euro gewährt. Diejenigen, die heute in Niedriglohnjobs arbeiten müssen, können sich freuen: „Rente erst im Grab“ ist von nun an mehr als ein Schlagwort. Die Pläne des Kapitals und seiner Regierung in Bezug auf die Rentner

gehen noch weiter. Während die „Rentenreformkommission“ hinter verschlossenen Türen ihre Angriffspläne ausarbeitet, erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Rede auf dem 75. Gründungsjubiläumsempfang des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. den Kern dieser Pläne: „Die gesetzliche Rentenversicherung allein wird allenfalls noch die Basisabsicherung sein für das Alter“. Damit wurde auch verkündet, dass die „staatliche Garantie“, wonach 48 Prozent („Rentenniveau“) des letzten Gehalts als Rente ausgezahlt werden, keine Garantie mehr ist.

### Die Bundesregierung macht sich an die Arbeit

Merz bat die Banker um Unterstützung: „Wir brauchen dabei Ihre Unterstützung, nicht nur materiell, sondern auch ideell und gesellschaftspolitisch. Zu zeigen, dass kapitalgedeckte Altersversorgungssysteme auch unabhängiger von Demografie und Arbeitsmarkt werden, wird ein wichtiger Beitrag sein, den wir alle, auch Sie, zur Reform dieses Altersvorsorgesystems leisten können und müssen.“ Die Banken werden der Regierung bei der Propaganda, dass die gesetzliche Rentenversicherung „nicht über eine Basisabsicherung hinausgehen kann“, selbstverständlich tatkräftig zur Seite stehen: Schließlich ist dieses kapitalgedeckte Altersversorgungssystem einer der Bereiche, der die größten Gewinne verspricht. Und dass die jetzigen Einigungen und Pläne für den „Umbau des Sozialstaates“ den Kapitalverbänden nicht weit genug gehen, zeigt die enttäuschte Reaktion seitens des Kapitals: „Die kleinteiligen Ankündigungen für einzelne Felder bleiben weit hinter dem zurück, was nötig ist, um die Wachstums- und Investitionskräfte in Deutschland zu stärken.“ – so Tanja Gönner (Geschäftsführerin BDI). Fordern tut sie in jener Pressemitteilung zugleich ein „entschlossenes Reformpaket“ – und das noch vor dem Sommer. Auch Leibinger (Präsident BDI) sitzt der Bundesregierung im Nacken: „Was bisher angekündigt wurde, ist enttäuschend, mutlos und geht am Thema vorbei.“ Die Forderungen nach Bürokratieabbau, der Stärkung des Wirtschaftsstandortes und steuerliche Entlastungen für Konzerne prasseln weiter auf die deutsche Bundesregierung ein und ihr Handeln wird erwartet. Diese Propagandaschlacht dient aber vor allem dazu, die Arbeiterklasse zu lähmen und sie am Kampf zu hindern. Hinter den Versprechen von Entlastungen stecken demnach nicht bloß leeren Hüllen, sondern Geschenke für das deutsche Kapital, deren Kosten nach unten weitergereicht werden. ★



# Gibt es die Arbeiterklasse in Deutschland noch?



**A**rbeiter, Klassengesellschaft, Ausbeutung – das klingt für viele nach etwas aus vergangenen Jahrhunderten, aus der Zeit der Industrialisierung oder vielleicht aus anderen Ländern. Heute – so heißt es – leben wir in einer Mittelstands-, Dienstleistungs- oder Risikogesellschaft. Die Gesellschaft sei nicht mehr nach Klassen, sondern höchstens nach Schichten oder Milieus strukturiert. Seit Jahrzehnten verkünden bürgerliche Medien und Sozialwissenschaftler das Verschwinden der Arbeiterklasse. Aber wenn wir die uns die Gesellschaft anschauen, dann haben sich zwar die Zusammensetzung und Tätigkeiten der Arbeiterklasse geändert, aber ihr Wesen ist gleichgeblieben. Millionen Menschen arbeiten weiterhin für Lohn, ohne über Produktionsmittel zu verfügen, ohne über ihre Arbeit zu bestimmen und ohne von ihr wirklich reich zu werden. Sie halten diese Gesellschaft am Laufen – und kommen selbst oft kaum über die Runden.

## **Aber was meinen wir, wenn wir von ArbeiterInnen und Arbeiterklasse sprechen?**

Wenn heute von ArbeiterInnen gesprochen wird ist häufig unklar, wer damit eigentlich gemeint ist. Oft wird zwischen ArbeiterInnen und Angestellten unterschieden, womit gemeint ist, ob ein Lohn (stundenbasiert) oder ein Gehalt (monatlicher Fixbetrag) gezahlt wird. Diese Unterscheidung sagt aber real kaum etwas aus, denn wer ein Gehalt statt eines Lohns bekommt, ist nicht automatisch bessergestellt oder hat eine andere Position in der Gesellschaft - gehört also nicht automatisch zu einer anderen gesellschaftlichen Klasse.

Entscheidend ist etwas anderes: die Stellung zu den Produktionsmitteln. Marx und Engels verstanden unter Arbeiterklasse, wer über keine Produktionsmittel verfügt und deshalb gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Kapitalisten sind dagegen diejenigen, die Fabriken, Maschinen, Grundstücke oder anderes Eigentum besitzen und Arbeitskraft kaufen, um daraus Profit zu schlagen. Im Kern heißt das: Die einen leben davon, dass sie arbeiten müssen, die anderen davon, dass sie Arbeit ausbeuten können.

Lenin präzierte dies 1919 zu einer allgemeinen Definition, die auch heute noch aktuell ist: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils von Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft“.

Wer seine Arbeitskraft gegen Lohn tauscht, keine entscheidende Kontrolle über den Produktionsprozess, heißt darüber zu entscheiden, was wie und wann etwas produziert wird, besitzt und keine Rücklagen hat, die ihn jederzeit unabhängig von Lohnarbeit machen könnten, der ist Teil der Arbeiterklasse. Die meisten Angestellten gehören somit ebenfalls zur Arbeiterklasse, solange sie keine Verfügung über den Produktionsprozess und keinen nennenswerten Anteil am Reichtum haben, den sie mitproduzieren. Denn entscheidend ist weder die Jobbezeichnung noch die Tätigkeit selbst, ob eine Dienstleistung oder materielle Ware produziert wird, sondern ob jemand, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, auf den Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesen ist und das Ergebnis seiner Arbeit ihm nicht selbst gehört. Entsprechend sind nicht nur Fabrikarbeiter Teil dieser Klasse. Auch Pflegekräfte, VerkäuferInnen, LagerarbeiterInnen, Bürokauffrauen oder Beschäftigte in der Logistik gehören dazu, sofern sie abhängig beschäftigt sind und für den Profit anderer arbeiten. Der Unterschied liegt nicht zwischen „Industrie“ und „Dienstleistung“, sondern zwischen Lohnarbeit und Verfügung über Arbeit.

### Schauen wir uns die Zahlen für Deutschland an

Ein Blick auf die Zahlen zeigt: In Deutschland heute mehr der 15- bis 65-jährigen erwerbstätig als je zuvor. Das liegt vor allem am massiven Anstieg der Erwerbstätigkeit der Frauen, die in den letzten 40 Jahren von ca. 55% auf 74% gestiegen. Unter Männern blieb die Erwerbstätigenquote in den letzten Jahrzehnten relativ konstant um die 80% (WSI GednerDatenPortal). Das Statistische Bundesamt zählte 2025 rund 46 Millionen Erwerbstätige, davon knapp 42 Millionen Arbeitnehmer. Aber macht sie das schon zur Arbeiterklasse? Nein. Denn in die statistische Kategorie Arbeitnehmer fallen erstmal alle, die in einem Lohnverhältnis arbeiten (also Lohn oder Gehalt beziehen), also ArbeiterInnen wie auch Führungspersonal oder Elitesoldaten.

Damit stoßen wir auf ein Problem: Die Kategorien der bürgerlich soziologischen Erhebungen über die Sozialstruktur sind oberflächliche Kriterien wie Einkommensart oder Höhe des Einkommens und Vermögens, geben aber häufig sehr wenig Aufschluss über die tatsächliche Stellung der Personen zu den Produktionsmitteln und ihrer Entscheidungsmacht im Produktionsprozess. Auch wenn die statistischen Kategorien unscharf sind, liefern sie uns aber doch auch Hinweise darauf, wie die Klassenverhältnisse in Deutschland grob aussehen, unter welchen Bedingungen gelebt und gearbeitet wird.

### Dienstleistungsgesellschaft?

Oft wird behauptet, die Arbeiterklasse sei schon deshalb verschwunden, weil die Industrie nicht mehr den größten Teil der Beschäftigung ausmacht. Heute, so die Erzählung, sei Deutschland eine Dienstleistungsgesellschaft. Aber wenn man sich es genauer anschaut, sind daran mehrere Dinge ungenau bis falsch. Es stimmt, dass der Dienstleistungssektor in den letzten Jahrzehnten deutlich gewachsen ist, während der Anteil der Beschäftigten in der Industrie bzw. produzierenden Gewerbe (inkl. Baugewerbe) von 58% im Jahr 1950 auf ca. 25% 2025 zurückgegangen ist. In Zahlen sind das heute noch 10 Millionen Menschen, während im Dienstleistungssektor 32 Millionen arbeiten.

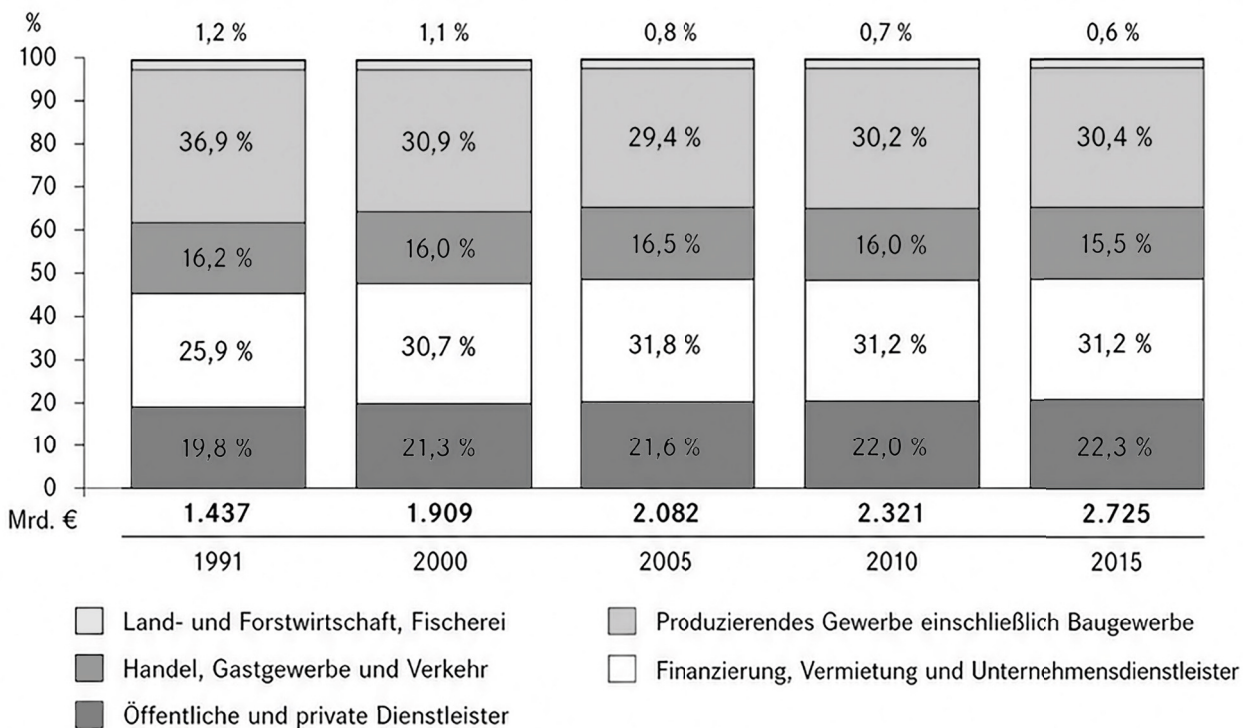
Dabei ist der Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich weniger als die Beschäftigtenzahl gesunken und liegt seit einigen Jahren relativ konstant zwischen 23-30%. Das Sinken ist dabei nur auf den Anstieg des Volumens der Dienstleistung zurückzuführen, nicht auf einen realen nominalen Rückgang der Industrie an der Wertschöpfung. Im Gegenteil: Der industrielle Produktionswert ist von 1991 bis 2020 um 81 Prozent gestiegen. Anhand dieser Zahlen lässt sich feststellen: ja, der Dienstleistungssektor ist gewachsen. Aber gleichzeitig ist die Industrie nicht verschwunden. Ganz im Gegenteil: im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist die Industrie in Deutschland weiterhin zentral, sowie in der Wertschöpfung als auch für Arbeitsplätze. Noch immer arbeiten Millionen Menschen im produzierenden Gewerbe, und noch immer trägt die Industrie erheblich zur Wertschöpfung bei. Dass heute weniger Menschen dort beschäftigt sind als früher, liegt vor allem an Produktivitätssteigerungen. Mit weniger Arbeitskraft wird mehr produziert. Hinzu kommt, dass die Grenze zwischen Industrie und Dienstleistung oft künstlich gezogen ist. Viele Tätigkeiten, die unmittelbar zur Produktion gehören, tauchen in der Statistik als Dienstleistungen auf, sobald sie auf andere Firmen ausgelagert werden. Reinigung, Logistik, IT-Support oder Kantinenbetrieb erscheinen dann nicht mehr als Teil der Produktion, obwohl sie für diese unverzichtbar sind. Das Anwachsen oder Schrumpfen von Sektoren und Verschiebungen innerhalb der Wertschöpfung beweisen nicht die Auflösung der Arbeiterklasse, sondern nur eine Veränderung dieser.

### Mittelstands- und Leistungsgesellschaft?

Ein weiteres Argument, das häufig als Beleg für die These des „Verschwindens der Arbeiterklasse“ ins Feld geführt wird: Den Menschen in Deutschland gehe es doch insgesamt gut. Es gebe kaum noch echte Armut, sozialer Aufstieg sei für alle möglich, und wer sich anstrengt, könne es schaffen. Deutschland sei eine Mittelstandsgesellschaft, in der das Leistungsprinzip gelte.

### WERTSCHÖPFUNG NACH WIRTSCHAFTSBEREICHEN

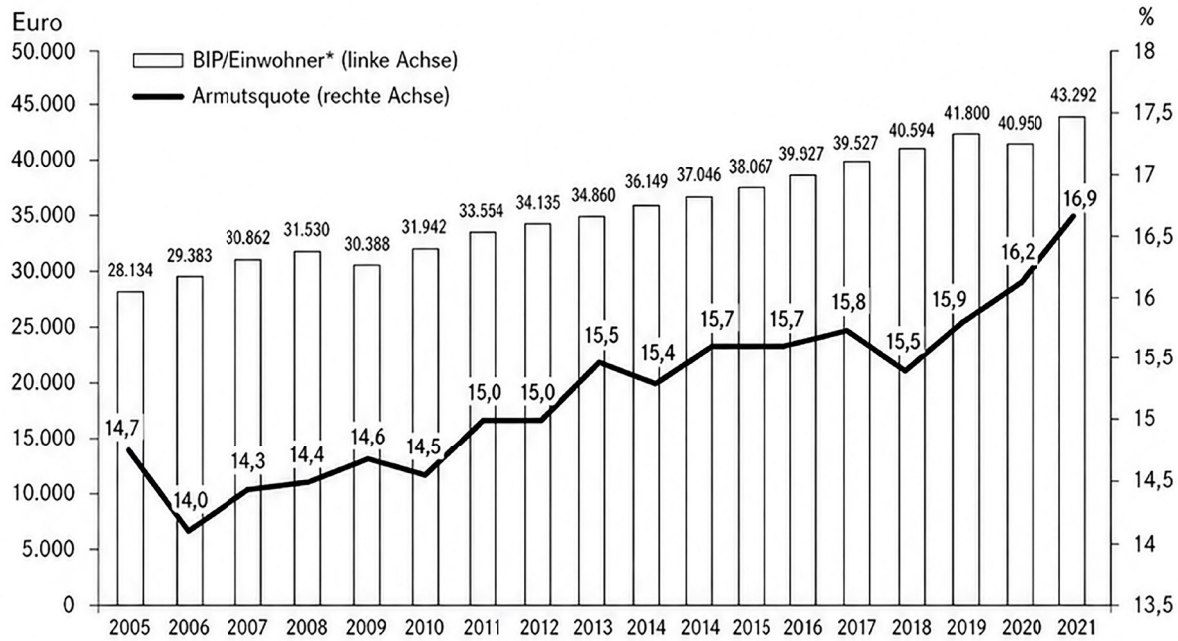
Anteile in Prozent und Wertschöpfung in Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt.

## WIRTSCHAFTSLEISTUNG UND ARMUTSQUOTE IN DEUTSCHLAND

Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner\* in Euro und Armutsquote in Prozent



Ab 2011: Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten).

\* Die Ergebnisse des Mikrozensus ab 2020, auf denen die Armutsquote beruht, sind aus methodischen Gründen nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

© Der Paritätische Gesamtverband, Armutsbericht 2022, Aufl.2

Ein Blick auf die Zahlen zeigt anderes: Studien weisen darauf hin, dass die soziale Mobilität immer weiter sinkt und der Bildungsabschluss und das eigene Einkommen maßgeblich durch die sozialen Verhältnisse der Eltern vorbestimmt sind (ifo-Pressemitteilung vom 5.9.2025). Gleichzeitig wächst die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter. Während das BIP in den vergangenen Jahren immer weiter anwuchs, wuchs auch die Anzahl der Armutsgefährdeten. Aktuell sind 16% der Menschen in Deutschland armutsgefährdet.

Auch zeigen die Zahlen, dass die große Mehrheit in Deutschland kein Vermögen besitzt, was sie von der Lohnarbeit befreien würde. Der Großteil der Deutschen hat Schulden (9%), kein (20%) oder ein Vermögen zwischen 1.000 bis 50.000€ (38%). Im Gegensatz dazu besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland zusammen etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens, netto, also abzüglich Schulden.

Auch das Einkommen der meisten reicht nicht über das hinaus, was es durchschnittlich braucht, um sich selbst und seine Familie zu versorgen: Miete, Essen, Sprit und ab und zu mal einen Urlaub. Der mittlere Bruttojahresverdienst (Median) für Vollzeitbeschäftigte in Deutschland lag 2025 laut Statistischem Bundesamt bei 54.066 Euro. Für einen kinderlosen Single (Steuerklasse I) entspricht dies einem Netto-Median von ca. 2.600 € bis 2.650 € monatlich. Das mittlere Nettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland lag laut EU-SILC 2023 bei 41.126 €. Pro Monat wären das dann durchschnittlich 3.427 €.

Die durchschnittlichen Lebenserhaltungskosten privater Haushalte 2023 berechnet durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) liegen bei durchschnittlich 3.032 Euro pro Monat. Das zeigt: Vielleicht reicht das Einkommen, um etwas für einen Urlaub oder eine größere Anschaffung zurückzulegen, doch nicht, um in absehbarer Zukunft rein von seinem Vermögen ohne Lohnarbeit leben zu können. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland besitzen weiterhin nichts außer ihre Arbeitskraft um sich (und ggf. ihre Familie) über den Verkauf dieser (also Lohnarbeit) finanzieren. Dass die ArbeiterInnen in Deutschland höhere Löhne haben als noch Anfang des 20 Jahrhunderts oder in

anderen Ländern ist kein Beweis für eine Ende der Arbeiterklasse, sondern nur ein Ergebnis vergangener Klassenkämpfe sowie hoher Profite, von denen Teile dafür genutzt wurden, die Arbeiterklasse in imperialistischen Zentren durch einen vergleichsweise besseren Lebensstandard ins System zu integrieren.

### Wir leben weiterhin in einer Klassengesellschaft und die Arbeiterklasse ist die größte Klasse

Die Arbeiterklasse ist nicht verschwunden, im Gegenteil, sie ist größer denn je. Sie arbeitet in Fabriken, Büros, Pflegeheimen, Supermärkten, Lagern, Callcentern und auf Baustellen. Sie produziert den Reichtum dieser Gesellschaft - besitzt ihn aber nicht. Oder wie Bertolt Brecht es formulierte: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Da sagt der Arme bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Zwar hat sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse im Zuge wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen verändert, doch diese Veränderungen werden häufig übertrieben. Weder lässt sich von einem Ende der Industriearbeit noch von einer vollständig dominierenden „Dienstleistungsgesellschaft“ sprechen. Auch die Automatisierung hat empirisch nicht zu einem allgemeinen Verschwinden von Arbeitsplätzen geführt, sondern vielmehr zu deren Umstrukturierung und Verlagerung. Auch die immensen Produktivitätssteigerungen haben nicht zu einem Rückgang an Arbeit und Hebung des Wohlstands geführt, im Gegenteil steigt die Armutsgefährdung tendenziell an und von Arbeitgeberverbänden und Politik werden Arbeitszeitbegrenzungen wie der 8-Stunden Tag angegriffen.

Erzählungen, die das „Verschwinden“ der Arbeiterklasse behaupten und stattdessen von Milieus, Schichten, Mittelstand und Leistungsgesellschaft sprechen tragen dazu bei, dass sich Menschen nicht länger als Teil einer Klasse, der Arbeiterklasse, mit gemeinsamen Interessen begreifen. Dadurch wird eine Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse gefördert, was Solidarität und Zusammenschluss erschwert, einem kollektiven Klassenbewusstsein und Klassenkämpfen im Weg steht. ★

# DIE STÄRKSTE KONVENTIONELLE ARMEE EUROPAS

Die vorgelegte Gesamtkonzeption ist zusammengesetzt aus der „Militärstrategie“ und dem Plan für die Streitkräfte, dem sogenannten „Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“. Beide bilden zusammen die „Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung“. Die Militärstrategie beschreibt das „Wie“ des Handelns, das Fähigkeitsprofil das „Womit“. Beide Dokumente bleiben aber aus „sicherheitspolitischen Gründen“ teilweise geheim. Doch das Ziel wird unter dem Deckmantel der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit klar gesteckt: „Die Bundeswehr wird zur stärksten konventionellen Armee Europas“.

## Die Bedrohungslage

„In Europa bleibt Russland absehbar die größte Bedrohung für unsere Sicherheit“, so Pistorius in der Einleitung. Russland nutze zunehmend hybride Mittel wie Cyberangriffe, Spionage und Desinformation, die grenzüberschreitend wirken und dauerhaft abgewehrt werden müssen, heißt es weiterhin. Deutschland müsse mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen, vor allem innerhalb von NATO und EU. Kurzfristig sollen „Verteidigungsfähigkeit“ und „Durchhaltevermögen“ der Bundeswehr steigen, mittelfristig umfassende Fähigkeiten erweitert und langfristig technologische Überlegenheit erreicht werden. Vor allem im KI-Bereich will man nicht zurückfallen. Die bisher noch zaghaft formulierte Rolle der Bundeswehr – als Verteidigerin der Interessen des deutschen Kapitals auf der globalen Bühne – wird im Papier ganz offen dargestellt, die „Multipolarität“ auf der Welt direkt als Problem benannt. Das sicherheitspolitische Umfeld sei durch „zunehmende Multipolarität und strategische Rivalität“ geprägt, was zu Instabilität und Unsicherheit in der internationalen Ordnung führe. Regionale Konflikte könnten durch globale Verflechtungen schnell internationale Bedeutung erlangen. Internationales Krisenmanagement verändere sich hin zu einem Wettbewerb um Einfluss, bei dem der Aufbau stabiler Partner entscheidend sei. Die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten werden als Gefahr erkannt und als solche benannt. Die Bundeswehr sei deshalb gefordert, wenn deutsche oder europäische Interessen betroffen sind. Im Zentrum der Bedrohungsanalyse stehe trotz aller Multipolarität trotzdem Russland, das als größte und unmittelbare Gefahr für Deutschland, Europa und den transatlantischen Raum eingeordnet wird.

## Die Rolle Deutschlands

Die USA richte ihren Fokus zunehmend auf andere Regionen wie den Indopazifik und fordere gleichzeitig von den europäischen Verbündeten größere Eigenverantwortung. Deutschland reagiere darauf mit einer erweiterten Rolle: Es soll mehr militärische Verantwortung in Europa übernehmen und die europäische Handlungsfähigkeit erhöhen. Deutsche und europäische Streitkräfte sollen unabhängiger operieren können, „um die USA zu entlasten“. Die Entwicklung strategisch relevanter Fähigkeiten wie Raketenabwehr und weitreichender Präzisionsschläger soll vorangetrieben werden. Deutschland soll zudem als verbindendes Element innerhalb Europas wirken und die Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten sowie mit Nordamerika stärken. Ziel sei es, als zentraler militärischer Partner in Europa die gemeinsame Sicherheit zu sichern, sprich die militärische Führungsrolle in Europa innezuhaben.

Um auf die „stark verschärfte sicherheitspolitische Lage auf der Welt“ zu antworten stellte Bundeskriegsminister Boris Pistorius vergangene Woche das Papier „Gesamtkonzeption militärische Verteidigung“ vor. Einleitend dazu findet er folgende Worte: „Das Signal muss lauten: Deutschland geht voran – als Schrittmacher unter den europäischen Nationen.“

## Das „Fähigkeitsprofil“ der Bundeswehr

Unter dem „Fähigkeitsprofil“ wird ein Plan für die deutschen Streitkräfte aufgestellt. Laut dem Fähigkeitsprofil soll die Bundeswehr gleichzeitig wachsen und modernisiert werden, mit Fokus auf „Einsatzbereitschaft und Zukunftsfähigkeit“. Unter der Fragestellung „Welche Streitkräfte brauchen wir für Abschreckung und Verteidigung?“ wird folgende Herangehensweise festgesetzt: Bis 2029 soll die Verteidigungsfähigkeit durch einen fokussierten Aufwuchs der Streitkräfte erreicht werden. Bis 2035 soll der Übergang zum „strukturierten“ Aufwuchs erfolgen, um durchhaltefähige Streitkräfte vorweisen zu können, die sodann bis 2039 den Fokus halten sollen, technologisch überlegen zu sein. Bis 2039 sollen die Streitkräfte also nicht nur in der Lage sein „glaubhaft abzuschrecken und falls nötig im Bündnis zu verteidigen“, sondern die Bundeswehr durch die „konsequente Nutzung innovativer Technologie“ die Führungsrolle Deutschlands innerhalb der EU erreicht zu haben.

## Die Wehrpflicht wird kommen

Zur finanziellen Aufstockung der Bundeswehr, hatte die Bundesregierung bereits klar gemacht, das 5 % Ziel der NATO bis 2029 erreichen zu wollen. Die konkrete Ausgestaltung findet sich schon jetzt in den Zielen der Haushaltspläne für die nächsten Jahre: Mit allen für 2029 geplanten Ausgaben für den Verteidigungsetat selbst sollen die Ausgaben bis dahin auf rund 152 Milliarden Euro jährlich ansteigen. Doch um den Sack zu zumachen, fehlt es der Bundeswehr nach wie vor an dafür ausreichendem Personal. Einordnen müssen wir diese Konzeption also in dem Druck der deutschen Bundesregierung, das Personal für die Bundeswehr noch weitreichend ausbauen zu müssen. Dazu zählen der Aufwuchs der „zivilen Organisationsbereiche“, einer „leistungsfähigen Bundeswehrverwaltung“ und natürlich der Soldaten selbst. Zielgröße der Bundeswehr seien mindestens 460.000 Soldatinnen und Soldaten (aktiv und Reserve) bis 2035. Die Bundeswehr zählt zurzeit ca. 180.000 aktive Soldaten. Bereits Ende letzten Jahres wurde ein personeller Anstieg verzeichnet, auch bis Ende März 2026 gingen rund 22.700 Bewerbungen für eine militärische Laufbahn ein. Zwar wurde mit dem neuen Wehrdienstgesetz auf „Freiwilligkeit“ gesetzt, doch Markus Söder machte den Bedarf konkret deutlich: „Nur mit Freiwilligkeit werden wir die nötige Sicherheit unseres Landes nicht erreichen“. An der baldigen Wiedereinführung der Wehrpflicht „führt kein Weg dran vorbei“ – pochte der CSU-Parteivorsitzende auf ein schnelles Zurückkommen der Wehrpflicht. Und das neue Wehrdienstgesetz hat dafür schon vor Monaten die rechtliche Grundlage geschaffen, die „Bedarfswehrrpflicht“ einzuführen, wenn die „sicherheitspolitische Lage“ es erfordert. Mit dem geplanten massiven Ausbau der Streitkräfte, den steigenden Militärausgaben und der absehbaren Rückkehr der Wehrpflicht nimmt die Aufrüstung und Militarisierung damit immer konkretere Formen an. Denn fest steht, die Bundesregierung wird es mit der „Freiwilligkeit“ schwer haben, bis 2039 die konventionelle Armee Europas aufbauen zu können – und blickt der Wiedereinführung der Wehrpflicht damit immer tiefer ins Auge. ★

# WEM DER VORWURF DER UNTERWANDERUNG NÜTZT

Rund um die Schulstreikbewegung ist eine Debatte über Unterwanderung und Missbrauch der Bewegung durch organisierte Kräfte ausgebrochen. Doch ist die Teilnahme von Organisationen für Bewegungen wirklich ein Problem?

**E**s wäre schon fast wieder vergessen gewesen, wie die Influencer Ole Nymoen und Simon David Dressler kurz vor dem letzten Schulstreik einen Artikel in der Berliner Zeitung veröffentlichten, in dem sie neben Kritik an der Bewegung auch die Beteiligung von Organisationen an der Bewegung direkt angriffen. Nymoen kündigte den Artikel auf X folgendermaßen an: „Heute streiken die Schüler wieder. Gut so! Weniger gut ist jedoch die instrumentelle Art und Weise, wie die SDAJ die Schulstreiks organisiert“. Ob sie zufrieden mit ihrer Leistung sind, könnte man Nymoen und Dressler jetzt fragen. Denn ihre Kampagne wurde aufgegriffen: Am 17. April veröffentlichte tagesschau einen Artikel unter der Schlagzeile: „Linksextreme steuern ‚Schulstreiks gegen Wehrpflicht‘“. Der Artikel klingt wie eine besorgte Aufklärungsarbeit: „Viele Schülerinnen und Schüler wissen vermutlich nicht, wem sie bei diesen Demos folgen“. Doch was folgt, sind Verleumdungen, die von den Streikenden nur als Beleidigung gegen ihre Eigenständigkeit aufgefasst werden können. Laut tagesschau „würden Linksextremisten häufig Protestaktionen wie den ‚Schulstreik gegen Wehrpflicht‘ dazu nutzen, berechtigten Sorgen und Bedenken junger Menschen für eigene Zwecke zu missbrauchen“.



## Wem der Vorwurf der Unterwanderung nützt

Dieser Vorwurf des Missbrauchs ist nichts Neues. In den USA gab es dafür sogar ein Wort: „Red Scare“. Vor allem in den 1950er Jahren während des Kalten Krieges wurde unter Präsident McCarthy eine Panik geschürt, die amerikanischen Behörden und Institutionen seien von Kommunisten unterwandert. In einer Rede sagte er: „Ich weiß, dass Sie sich jetzt fragen: ‚Nun, warum unternimmt der Kongress nichts dagegen?‘ Tatsächlich, meine Damen und Herren, ist einer der wichtigsten Gründe, [...] warum dies weitergeht – das Fehlen eines moralischen Aufstands seitens der 140 Millionen amerikanischen Bürger.“ Und so rief er zur Hetzjagd gegen Bürger auf, die verdächtigt wurden, mit der Kommunistischen Partei zu sympathisieren. Das „Komitee für unamerikanische Umtriebe“ und McCarthy selbst verbreiteten Verschwörungstheorien, tausende Verdächtige verloren ihre Jobs, einige wurden ins Gefängnis geworfen oder wurden, wie Julius und Ethel Rosenberg, sogar hingerichtet. Man könnte diese Episode jetzt als Paranoia und Hysterie abtun, aber diese Kampagne hatte einen sehr konkreten Zweck: Jede Bewegung, jeder Streik und jeder Protest wurde fortan als „unamerikanisch“ verfolgt und verdächtigt, den Kommunisten in die Hände zu spielen. Jeder einzelne überlegte sich doppelt und dreifach, ob er sich diesem Risiko, dieser Ächtung oder auch nur der Skepsis aussetzen wollte, wenn er gegen

Rassismus, Imperialismus oder für höhere Löhne kämpfte.

Diesen Effekt sehen wir auch heute und auch in Deutschland immer wieder. Der Vorwurf der Unterwanderung wird regelmäßig genutzt, um politischen Bewegungen ihre Berechtigung abzuspochen. Besonders kämpferische Streiks in Betrieben werden von als „von radikalen Gruppen unterwandert“ dargestellt, die Palästina-Proteste würden alle von der Hamas und die Friedensbewegung von Russland organisiert.

Bedenken wir, wie viele Hürden den Schulstreikenden bereits in den Weg gelegt werden, dann muss der neue Artikel als ein erneuter Angriff von einer anderen Flanke betrachtet werden. Zwar wird der Artikel die Schüler wahrscheinlich nicht überzeugen, jetzt doch für die Wehrpflicht zu sein. Aber er wird Eltern alarmieren und Lehrer aufmerksam machen. In zahlreichen Fällen wird schon jetzt mit Sorgen Politik gemacht – so wurde in Hamburg beispielsweise die Familie eines Streikenden von der Polizei ein Besuch abgestattet, während der Schüler

selbst auf Klassenfahrt war. Die Polizei warnte die Familie, dass es dem Schüler nicht gut gehe und verbreitete „Sorgen“. Wie auch bei der Palästina-Bewegung können wir davon ausgehen, dass auch zu den Schulstreiks zahlreiche Lehrer Briefe von der Behörde bekommen, in denen davor gewarnt wird, dass Schüler sich radikalisierten könnten und dass auf die Bewegung ein Auge geworfen werden sollte. Lehrkräfte sollen sich also mehr Sorgen darüber machen, dass ihre Schüler den Kapitalismus hinterfragen als dass die im nächsten Krieg an die Front gezwungen werden sollen – pädagogischer Auftrag: Erfüllt.

## Ist Organisation instrumentell?

Dass der Vorwurf der Unterwanderung auf fruchtbaren Boden fällt, hat viele Gründe. Nicht nur wird er von Politik und Medien bewusst geschürt, um Bewegungen zu schwächen. Es liegt auch an dem ausgeprägten Individualismus in der gesamten Gesellschaft, dass Organisation häufig skeptisch betrachtet wird. Ein Anliegen auf die Straße zu tragen, das ist legitim und Ausdruck der Meinungsfreiheit – sich dafür zu organisieren und kollektiv vorzugehen, das ist „instrumentell“. Dahinter steht eine abstruse Vorstellung, die Interessen des Einzelnen würden durch gemeinsames Handeln unterdrückt, während das Gegenteil der Fall ist – sie kommen stärker zum Ausdruck. Das ist auch das Fatale an den Vorschlägen von Nymoen und Dressler: Für sie gilt nur das individuelle Interesse, ein Klasseninteresse sei Hokuspokus. Doch woher kommt denn das Interesse des Einzelnen? Der CEO von Rheinmetall hat Interesse am Krieg im Iran, weil das

lukrative Deals mit den Golfstaaten bringt und Netanyahu hat Interesse daran, weil er dadurch die innenpolitisch schwierige Lage durch erzwungene Einheit übergehen und den israelischen Einfluss in der Region, gedeckt von den USA, ausbauen kann. Diese beiden Individuen haben erstmal nichts miteinander zu tun, doch sie sind Teil derselben Klasse – es ist diese Klassenzugehörigkeit, die ihr Interesse bestimmt. Der Schüler, der im schlimmsten Fall zur Wehrpflicht und dann im Ernstfall in den Krieg geschickt wird, hat davon genau so wenig wie der Krankenpfleger, der schon heute aufgrund der zahlreichen Kriege die Energiekosten und dadurch bedingten allgemeinen Preissteigerungen kaum noch verkraftet. Es ist ihre Klassenzugehörigkeit, die dieses Interesse ausmacht. Die Schulstreikbewegung hat das erkannt: Sie ist über das individuelle Interesse, nicht sterben zu wollen zu der Einsicht gelangt, dass es nicht im Interesse der allermeisten Schüler ist, dass die Wehrpflicht und die Aufrüstung weiter vorangetrieben wird. Darum organisieren sie sich in Streikkomitees und drücken dieses kollektive Interesse aus – wie es immer der Fall war, wenn historisch etwas bewegt wurde. Es sind diese Momente, in denen Klasseninteressen auf die Straße getragen werden, die Veränderung herbeiführen und erzwingen können. Nymoen und Dressler wollen aber zurückspulen und zurück zum Einzelinteresse kehren, denn für sie ist in ihrem Individualismus das gemeinsame Interesse nichts wert. Diese oberflächliche Perspektive, die sie seit Monaten in Talkshows und Artikeln präsentieren dürfen, ist nicht zufällig die bekannteste „Stimme der Bewegung“ geworden, denn es ist die harmloseste Version des Widerstands. Wir müssen die Frage stellen: Warum bekommt ein Ole Nymoen Geld dafür, sich in einen Talkshowsessel zu pflanzen und zu sagen, dass er persönlich keine Lust hat, zu sterben, während die Vertreter der Schulstreikkomitees, die über 50.000 Menschen auf die Straße gebracht haben, keine Bühne bekommen?

Die weit verbreitete Skepsis gegenüber der Organisiertheit führt auch dazu, dass in einem tagesschau-Artikel gar nicht darüber gesprochen werden muss, wofür denn die Linksextremisten angeblich die Schulstreikbewegung instrumentalisieren. Während Nymoen und Dressler sich wenigstens noch die Mühe machen, der SDAJ vorzuwerfen, sie würde die Bewegung durch ihre Instrumentalisierung zu groß machen (!?), wird in dem tagesschau-Artikel einfach nur noch von „eigene Zwecken“ gesprochen, für die Linksextremisten die Schulstreiks missbrauchen. Doch genau so, wie sich Individualinteressen mit Klasseninteressen decken, können sich auch Organisationsinteressen mit Bewegungsinteressen decken. Wenn eine Organisation sich zum Programm macht, die Friedensbewegung und den Widerstand gegen die Wehrpflicht zu stärken und deswegen in der Schulstreikbewegung aktiv ist, dann ist das keine Instrumentalisierung, sondern sinnvoll. In jeder Bewegung gibt es spontane und organisierte Teilnehmer, gibt es verschiedene Organisationen, die aufgrund von Forderungen, die sie decken, an diesen Bewegungen teilnehmen. So waren auch die Friedensproteste der 1980er Jahren breit aufgestellt: Von Gewerkschaften über Kirchen und Kommunisten bis hin zu Umweltorganisationen waren zahlreiche organisierte Kräfte beteiligt. Kritik daran, die sich nicht auf die Politik der jeweiligen Organisationen bezieht, sondern die Organisiertheit selbst als Problem betrachtet ist keine Kritik, sondern ein Schwächungsversuch. Natürlich können Diskussionen in der Bewegung geführt werden: Welche Richtung sollten wir einschlagen? Wie müssen wir auftreten? Welche Forderungen müssen in den Vordergrund? Und dabei können auch Organisationen kritisiert werden – beispielsweise, wenn sie versuchen, die Schulstreikbewegung zu einer radikalen Kleingruppe

zu machen, anstatt eine breite Bewegung aufzubauen, die den Plänen der deutschen Regierung zur Kriegstüchtigkeit wirklich Steine in den Weg legen könnte. Doch die Frage der Diskussion muss sein: Wie stärken wir gemeinsam die Bewegung? Dass tagesschau und Co etwas ganz anderes im Sinn haben, ist klar und zeigt sich auch daran, dass sie zum Kämpfer der Neutralität in dem Videobeitrag zum Artikel ausgerechnet einen Vertreter der Schülerunion machen, also der CDU-Schülerorganisation, der sich über die Präsenz der SDAJ beschwert.

Wem diese Organisationsfeindlichkeit nützt, wird deutlich, wenn man betrachtet, über welche Organisiertheit nicht gesprochen wird: Denn auch die Angriffe finden organisiert statt. Es ist derselbe Staat, der in Form von Anzeigen die Schüler einschüchtert, in Form der Schulen den Druck erhöht und über staatlich finanzierte Medien die Bewegung angreift – ein Grad der Organisiertheit, von dem wir heute nur träumen können. Dabei sind wir vielmehr auf Organisation angewiesen. Auch das ist nämlich Teil der Wahrheit: Gerade diejenigen, die einen Unterschied machen wollen, die dem System, wie es heute läuft, etwas entgegensetzen wollen, sind auf Organisiertheit angewiesen. Die Argumente für die Wehrpflicht kennt jeder, sie funktionieren in der Logik, die uns seit Jahren beigebracht wird und fußen auf Annahmen, die für viele als selbstverständlich gelten. Die herrschenden Anschauungen sind verbreitet, jeder kennt sie, sie sind schon fast ein Reflex geworden und sie werden immer weiterverbreitet – und zwar organisiert. Wer dem etwas entgegensetzen möchte, der nimmt sich sein einziges und stärkstes Mittel, wenn er auf die Organisiertheit verzichtet. Das weiß jeder Arbeiter, der für einen Streik früher oder später eine Organisation unter seinen Kollegen braucht und jeder Schüler, der seit Monaten im Komitee an seiner Schule die Tagesarbeit der Mobilisierung macht. Organisation instrumentalisiert nicht, sie ist ein Instrument, und wer es angreift, der greift den Zweck dahinter an, indem er ihm das einzige Mittel nimmt, das er hat. Die Frage die wir stellen müssen ist also nicht die der Organisiertheit, sondern die Frage: Wofür wird sich organisiert und in wessen Interesse ist das?

## Angriffe haben viele Gesichter

Dass Angriffe auf politische Bewegungen viele Gesichter haben, wissen die Schüler bereits: Eines davon hielt Verteidigungsminister Boris Pistorius noch vor dem ersten Streik in die Kamera. Er nahm ein Reel auf, in dem er die Schüler lobte und hervorhob, was alles in unserer Demokratie möglich sei – gerade deswegen müsse man sie, zur Not auch an der Waffe, verteidigen. Ein umgedrehtes Lob also, das vor allem dem Zweck diene, die Kritik der Schüler umzudrehen und zu einem Argument für die Wehrpflicht zu machen. Als zwei weitere Gesichter des Angriffs haben sich Nymoen und Dressler entpuppt, die die Bewegung offen zur Verkleinerung aufrufen. Die tagesschau fährt einen weiteren Angriff, indem sie die Bewegung durch den Vorwurf der Instrumentalisierung delegitimiert – die Schüler in der Bewegung können das zu Recht als Angriff verstehen, der ihnen abspricht, selbst zu bewerten und zu entscheiden, wie sie sich organisieren wollen. Und die offensichtlichsten Angriffe sind die Einsperrungen in Schulen am Tag des Streiks, die Anzeigen gegen Schüler für ihre „Merz, leck Eier“-Plakate und die angedrohten Schulverweise, wenn sie das dritte Mal auf die Straße gehen. All dem können wir nur etwas entgegensetzen, wenn wir noch mehr werden – und alle Organisationen, die dazu beitragen, sind nicht verzichtbar. ★

Organisation instrumentalisiert nicht, sie ist ein Instrument, und wer es angreift, der greift den Zweck dahinter an, indem er uns das einzige Mittel nimmt, das wir haben.





Soldaten in der Kita, Waffenschau auf dem Schulhof oder Klassenausflug in die Kaserne... Das klingt wie ein Fiebertraum, ist aber Realität!

**B**undeswehrbesuche an Schulen sind heutzutage Gang und Gebe. 2025 wurden bundesweit mehr als 5.500 Besuche durchgeführt. Bis Ende März 2026 waren es bereits über 2.000. Die Bundeswehr macht selbst vor Kleinkindern keinen Halt. Eine Kita im niederbayerischen Leibfling veröffentlichte nach einem Bundeswehrbesuch 2024: „Heute hatten unsere Kindergartenkinder Besuch von der Bundeswehr Mitterharthausen. Da sie sich derzeit mit dem Thema: ‚In welchen Berufen arbeiten eigentlich Superhelden?‘ beschäftigen, durften die Retter von der Bundeswehr natürlich nicht fehlen! Sie kamen mit zwei Einsatzfahrzeugen und nahmen sich viel Zeit den Kindern zu erklären, wie diese ausgestattet sind und welche Aufgaben mit ihnen erledigt werden können.“ Mit der Propaganda kann wohl nicht früh genug gestartet werden. Dabei verändert sich nicht nur die Anzahl der Besuche, sondern auch die Mittel, welche zur Begeisterung junger Menschen eingesetzt werden. Es gibt Berichte über Waffenschauen auf Schulhöfen sowie den Einsatz von Schießsimulatoren bei Klassenausflügen in der Kaserne.

Die Präsenz der Bundeswehr an Schulen ist kein neues Phänomen, doch die Militarisierung der Schulen flammte mit dem Beginn des Ukraine-Krieges 2022 neu auf. Die damalige Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) forderte eine verstärkte Präsenz von Jugendoffizieren an den Schulen, um Schülern den Krieg und die Sicherheitspolitik des deutschen Staates näherzubringen. 2023 forderte Merz anschließend einen ungehinderten Zugang zu Schulen für die Bundeswehr sowie das Verbot von Zivilklauseln an den Hochschulen. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung wurde schließlich festgelegt: „Wir verankern unsere Bundeswehr noch stärker im öffentlichen Leben und setzen uns für die Stärkung der Rolle der Jugendoffiziere ein, die an den Schulen einen wichtigen Bildungsauftrag erfüllen.“

Aber nicht nur bundesweit ist die Rolle und Mitwirkung der Bundeswehr vertraglich verankert, auch mehrere Landesregierungen haben Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr. Seit 2008 gelten Kooperationsverträge zwischen der Bundeswehr und den Ländern Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Immer mehr Bundesländer schließen solche Verträge ab, wie nun auch Hamburg, wo eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit der Schulen mit der Bundeswehr ab nächstem Schuljahr gilt. Durch diese Verträge ergeben sich für die Bundeswehr zahlreiche Möglichkeiten im Bereich der politischen Bildung in den Schulen (z.B. beim Politikunterricht), sowie für Lehrkräfte und Referendare, Einfluss zu nehmen. In Bayern wurde durch den Ministerpräsident

Markus Söder (CSU) das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ verabschiedet. Dieses legt eine Verstärkung der Kooperation von Schulen und Bundeswehr fest, verbietet faktisch die Zivilklausel an Hochschulen und legt im Fall ‚des Interesses der nationalen Sicherheit‘ sogar eine Kooperationspflicht fest. Zuletzt wurde diese Kooperationspflicht bzw. das damit einhergehende Verbot von Zivilklauseln vom Verfassungsgericht Bayern gekippt, da dies gegen das in der Bayerischen Verfassung verankerte Rechtsstaatsprinzip und die Wissenschaftsfreiheit verstößt. Die Richter urteilten, dass es sich um einen offensichtlichen und schwerwiegenden Verstoß gegen die Kompetenzordnung des Grundgesetzes handelt.

### Offene Propaganda

Auf diesem Weg sichert sich die Bundeswehr den Zugang zu tausenden von Schulen, während jegliche kritische Stimme mit dem vorgeschobenen Vorwand der Neutralität klein gehalten wird. Jugendoffiziere sollen „ihre Expertise zu geo- und sicherheitspolitischen Fragen“ vermitteln und können die NATO-Positionen zu etlichen Konflikten der Welt direkt in die Klassenzimmern tragen. Es werden ganze Unterrichtsstunden abgehalten, in denen von den Interessen Deutschlands gesprochen wird, als wären es die der deutschen Arbeiterklasse und nicht die des deutschen Kapitals. Es werden Feindbilder geschaffen und aufrechterhalten, um die kriegerischen Handlungen des deutschen Staates durch die Darstellung des gefährlichen Auslands, sei es Russland oder der Nahe-Osten, legitimiert. Um beim Überzeugen nachzuhelfen wird die Bundeswehr obendrauf als ‚attraktiver‘ Arbeitgeber präsentiert - mit finanziellen Anreizen, dem Versprechen nach einem abenteuerlichen Leben und Kameradschaft. Ein Narrativ das viel Anklang findet in Zeiten, in denen die meisten Jugendlichen kaum eine Perspektive nach der Schule erwartet.

Die unerlässliche ideologische Umwerbung der Jugend zeigt Wirkung: Laut der Bundeswehr ist die Anzahl der eingegangenen Bewerbungen im Jahr 2025 deutlich gestiegen. Innerhalb eines Jahres gab es einen Anstieg an Neurekruten um 20 % und erreichte damit den höchsten Stand seit über einem Jahrzehnt. Auch die Anzahl der Minderjährigen steigt stetig an. Mittlerweile ist jeder zehnte Soldat unter 18 Jahre alt.

### Für Schulen ohne Bundeswehr!

Doch sowohl aus der Schülerschaft und als auch unter den Lehrkräften regt sich Protest dagegen. Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), als Vertretung auch für Lehrkräfte, posi-

tioniert sich unter anderem gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr in der inhaltlichen Gestaltung des Unterrichts. Anja Besinger-Stolze aus dem GEW-Vorstand stellt klar: „Schule ist kein Ort der Nachwuchsrekrutierung für die Bundeswehr“. Der Landesschülerrat Brandenburg stellt sich entschieden gegen eine Verstärkung der Bundeswehrpräsenz an Schulen und betont: „Unsere Schulen sind Orte des Lernens und der offenen Meinungsbildung, nicht der Militärwerbung oder der Propagierung militärischer Perspektiven“. Auch die Landesschülervertretungen von Rheinland-Pfalz und Berlin positionieren sich öffentlich gegen die Präsenz von Bundeswehr an Schulen und organisieren unterschiedliche Protest-

aktionen, wie Die-Ins (Protestform, bei der sich Teilnehmende an öffentlichen Orten wie Tote auf den Boden legen) oder Kundgebungen. Nicht zuletzt gingen tausende Schüler bereits zum dritten Mal auf die Straße und bestreikten die Schule, um klar zu sagen: Wir führen eure Kriege nicht! Trotz der intensiven Propaganda erkennen viele Schüler, dass die Kriege nicht in ihrem Interesse geführt werden, dass sie nichts daran zu gewinnen haben! Bei dem Kampf gegen die Wehrpflicht bleibt es nicht, auch die Forderung nach bundeswehrfreien Schulen wird immer prominenter. So können Schülervertretungen vermehrt genutzt werden, um diese Forderung laut zu machen. ★

# Wie EU-Sanktionen Kriegsgegner mundtot machen sollen

Kritik an Aufrüstung kann existenzbedrohend werden: Der Fall eines Berliner Journalisten zeigt, wie Staat und EU zunehmend zu harten Repressionsmitteln greifen.

**A**usbau des Polizeiapparates durch neue Polizeigesetze, Vorbereitung der Bundeswehr auf Einsätze gegen Kriegsgegner im Inneren, wie zuletzt beim NATO-Manöver Red Storm Bravo in Hamburg, und Eingriffe in die Freiheit der Kultur, wie bei der Berlinale: Um die größte Aufrüstung seit dem zweiten Weltkrieg durchziehen zu können, setzt die deutsche Bundesregierung immer mehr auch auf Repressionen gegen Kriegsgegner. Bei dem Versuch, die Bevölkerung hinter den Aufrüstungsplänen zu versammeln, kommt neben den Möglichkeiten des deutschen Rechtssystems teilweise auch der Repressionsapparat der EU vermehrt zum Einsatz. So ist im Frühjahr ohne größeres Aufsehen der Fall des Berliner Journalisten Hüseyin Dođru bekannt geworden, dem im Zuge von EU-Sanktionen gegen Russland unter anderem seine Konten gesperrt wurden.

## Existenz genommen wegen Berichterstattung zu Palästina?

Dass es überhaupt möglich ist, auch in Deutschland lebende Privatpersonen mit Sanktionen zu belegen war vielen vor dem Fall Hüseyin Dođru gar nicht bewusst. Dem ehemaligen Betreiber der Online-Plattform „RED“ wurden im Rahmen des 17. Sanktionspaket der Europäischen Union im Mai 2025 unter anderem die Konten eingefroren und jegliche finanziellen Transaktionen und Vertragsabschlüsse verboten. Konkret bedeutet das, dass Dođru weder einer Beschäftigung nachgehen noch auf irgendeine andere Weise Geld verdienen darf, während sich gleichzeitig jede Person strafbar macht, die ihm Geld spendet oder Sachgüter schenkt. Gleichzeitig hat er durch die Einfrierung seiner Konten weder Zugriff auf Ersparnisse noch auf staatliche Hilfen. Diese bisher nicht zeitlich begrenzten Maßnahmen kann man also als eine direkte Bedrohung seiner gesamten Existenzgrundlage verstehen.

Das Gravierendste in diesem Fall: Dođrus wird nicht vorgeworfen eine konkrete Straftat begangen zu haben, die reine Anschuldigung der Verbreitung von Desinformationen im angeblichen „Interesse Russlands“ reicht aus um die Sanktionen zu rechtfertigen. Im Beschluss werden die Sanktionen mit der „Unterstützung der Russischen Föderation“ Begründet. Dabei ist aber nicht die Rede davon, dass auf „RED“ direkt russische Propaganda verbreitet werde, sondern dass die Berichterstattung die „Stabilität und Sicherheit in einem oder mehreren Mitgliedstaaten untergraben“ würden, was wiederum im Interesse Russlands sei. Die Begründung dafür,

Dođru jegliche Lebensgrundlage zu entziehen, basiert also einzig und allein darauf, dass die Berichterstattung sich gegen die Politik der herrschenden Klasse und seines Staates richtet. Das allein reicht, um eine Nähe zu Russland zu argumentieren. Noch absurder wird es an dem Punkt der Begründung, an dem ein konkretes Beispiel für der Berichterstattung herangezogen wird. Die Berichterstattung von RED über eine palästinasolidarische Besetzung an einer Universität, bei der es „Absprachen“ zwischen den Besetzern und RED gegeben haben soll und Bilder des „Vandalismus“ der Besetzer verbreitet wurden. Die lebensbedrohlichen Sanktionen gegen Dođru werden also im Endeffekt mit Fotos von Graffiti an Wänden einer Uni und den Basics des journalistischen Arbeitens begründet.

## EU-Sanktionen als Wunderwaffe

Mit dieser Art der Repression müssen Kriegsgegner in Zukunft häufiger rechnen, denn die EU-Mitgliedstaaten bereiten sich darauf vor, das Sanktionsregime in Zukunft noch konsequenter durchsetzen zu können. So wurde im Januar vom Bundestag das „Gesetz zur Anpassung von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstößen gegen restriktive Maßnahmen der Europäischen Union“ verabschiedet. Das Gesetz soll gewährleisten, dass es in Zukunft eine einheitliche Durchsetzung von Sanktionen in den Mitgliedstaaten gibt und hebt eine Reihe an Verstößen von dem Rang einer Ordnungswidrigkeit zu dem einer Straftat. Was allerdings alles als Sanktionsverstoß gewertet wird, bleibt dabei vage.

Dass EU-Sanktionen für die deutsche Bundesregierung ein dankbares Mittel der Repression ist hat sich auch beim Fall Dođru gezeigt. Auf kritische Fragen an das Außenministerium wurde immer wieder lediglich darauf verwiesen, dass der Beschluss der Mitgliedstaaten über das Sanktionspaket einstimmig war und dass es die Möglichkeit gebe, dagegen rechtlich vorzugehen. Diese rechtlichen Möglichkeiten sind in der Realität allerdings ein langer Rechtsweg in Brüssel, bei dem die Frage bleibt, wie eine sanktionierte Person mit gesperrten Konten das finanzieren soll. Repressionen gegen die eigene Bevölkerung über EU-Sanktionen durchzusetzen, sind für den deutschen Staat somit in zweierlei Hinsicht von Vorteil: Einerseits kann bei Kritik die Verantwortung auf die EU-Ebene abgeschoben werden, andererseits ist es für die von den Repressionen betroffenen Personen deutlich schwieriger dagegen rechtlich vorzugehen. ★

# Solidarität mit Kuba!

Die aggressive Blockade der USA gegen Kuba sowie die Drohungen mit einer militärischen Intervention erhöhen den Druck auf den Inselstaat. Wie wurde Kuba dem US-Imperialismus so ein Dorn im Auge?

**K**uba war seit dem 16. Jahrhundert eine spanische Kolonie. Ab Ende des 19. Jahrhunderts begannen die USA, die spanische Herrschaft in Frage zu stellen und besiegten Spanien im sogenannten Spanisch-Amerikanischen Krieg. 1902 erlangte Kuba als Folge dieses Krieges formal die Unabhängigkeit – doch faktisch behielten die USA die Kontrolle. Mit dem Platt-Amendment von 1901 behielten sich die USA vor, jederzeit auf Kuba intervenieren zu können. Ein Überbleibsel dieses Abkommens ist das bis heute bestehende US-Gefängnis Guantanamo Bay. Trotz Widerstand aus der Bevölkerung behielten die USA jahrzehntelang die Oberhand. Ganz im Sinne der Monroe-Doktrin, die bereits 1823 vom gleichnamigen Präsidenten formuliert wurde, beanspruchten die USA über Jahrhunderte den gesamten amerikanischen Kontinent für sich. Zunächst noch unter dem Vorwand, den spanischen Anspruch ein für alle Mal brechen zu wollen, wurde die Doktrin zur Leitlinie des US-Imperialismus in der Region, mit der Südamerika zum Hinterhof der USA gemacht werden sollte. Zuletzt bekräftigte Trump die Doktrin in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2025 und fiel wenige Wochen später in Venezuela ein.

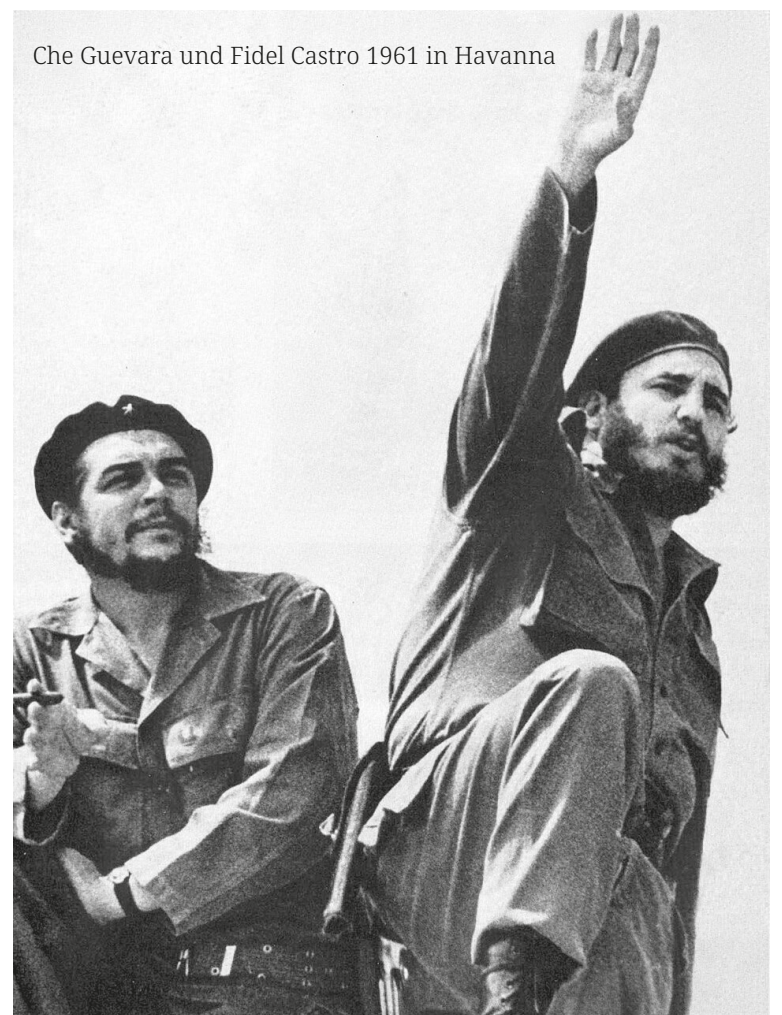
## Die kubanische Revolution

Doch das kubanische Volk leistete von Beginn an Widerstand, zunächst gegen den brutalen Präsidenten Machado und später gegen Batista – eine Marionette des US-Imperialismus, der ab 1952 durch einen Putsch eine Diktatur errichtete. Ab 1952 wurde auch die revolutionäre Bewegung, angeführt durch Personen wie Fidel Castro, Che Guevara und Camilo Cienfuegos, immer stärker. Das von Castro geführte Movimiento Revolucionario griff am 26. Juli 1953 zwei wichtige Kasernen an – zwar erfolglos, doch sie erlangten Berühmtheit und bauten im Exil die nach dem Angriff benannte Movimiento Revolucionario 26 de Julio (M-26-7) auf. 1958 landeten die Guerillas in Kuba und begannen den Krieg gegen das Batista-Regime. Hatte es in den Jahren zuvor bereits breiten Widerstand in den Städten und Massenstreiks gegeben, wurde nun der Guerillakampf ein immer wichtigeres Element des Widerstands. In der Silvesternacht 1958 floh der Diktator Batista, nachdem die Revolutionäre immer mehr vorrückten, in die USA.

## USA wollen Kontrolle zurück

Doch der US-Imperialismus konnte die Niederlage, die die anti-imperialistische Revolution von 1959 bedeutete, nicht einfach hinnehmen. Er sah alle Versuche Kubas, eine gewisse Unabhängigkeit und eine eigene Entwicklung des Landes zu erreichen, als feind-

lich an. Kuba war der Hinterhof des US-Imperialismus und sollte es bleiben. Zahlreiche Exilkubaner, die Teil der herrschenden Klasse gewesen waren, organisierten sich in den USA, besonders Miami, gegen die Revolution. US-Außenminister Rubio, lauter Verfechter eines Regime-Change auf Kuba, stammt von genau solchen Exilkubanern ab, die sich bis heute in den USA organisieren und



Che Guevara und Fidel Castro 1961 in Havanna

auf eine Rückkehr auf ein Kuba unter US-Kontrolle hoffen. Durch die USA wurden zahlreiche Anschläge auf Castro und Terroranschläge auf Kuba organisiert. 1962 versuchten die USA, durch die Invasion der Schweinebucht, einem militärischen Einfall von Exilkubanern, gesteuert durch die CIA, die Macht auf der Insel zurück-

zuerlangen. Doch sie scheiterten kläglich. Der Sieg gegen die Batista-Diktatur 1959 war zwar durch Guerillakampfe errungen worden, er war jedoch nur erfolgreich gewesen, weil er sich auf breite Teile des kubanischen Volkes stützte.

Doch die Bedingungen waren schwer: Als wichtigstes Element zur Schwächung Kubas hatten die USA schon kurz nach der Revolution von 1959 und einer kurzen Phase der Verhandlungen ein gnadenloses Embargo gegen die Insel verhängt und dies immer weiter verschärft, um das Land zu erdrosseln. Kuba war unter der Diktatur von Batista eine Kolonie des US-Imperialismus gewesen. Die Wirtschaft Kubas war vollkommen abhängig. Für Touristen aus den USA war Kuba zu einem preisgünstigen Bordell geworden. Und für die US-Drogenmafia war Kuba ein wichtiger Stützpunkt. Das Hauptziel der kubanischen Revolutionäre war 1959 der Sturz der Diktatur unter dem Batista-Regime gewesen, um anschließend auf dieser Grundlage eine größere und breiter gefächerte kapitalistische Entwicklung innerhalb der kubanischen Nationalökonomie in Angriff zu nehmen, sowie eine Agrarreform und die Demokratisierung der Gesellschaft. Als sich immer mehr zeigte, dass eine eigenständige Entwicklung von den USA nicht akzeptiert werden würde, begann die kubanische Regierung, 1961 einige große US-Konzerne zu enteignen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Sie hatte die Unterstützung der großen Mehrheit des kubanischen Volkes. Unter dem Druck der USA blieb als einzige Alternative eine selbständige Entwicklung. Allerdings war dies schwierig. Kuba war agrarisch geprägt und hatte keine eigene Industrie. Fast alles musste importiert werden. Die Arbeiterklasse war sehr klein. Damit waren auch die objektiven Voraussetzungen für einen Aufbau des Sozialismus kaum vorhanden.

In ihrer Not lehnten sich die Revolutionäre um Fidel Castro an die UdSSR an, die zu diesem Zeitpunkt aber schon den Weg des Sozialismus verlassen hatte. Im Rahmen der „sozialistischen Arbeitsteilung“, in der die Länder von der UdSSR nicht auf den Aufbau einer eigenständigen Schwerindustrie und Wirtschaft orientiert wurden, sondern sich auf die Produktion einzelner Güter konzentrierten, wurde die Abhängigkeit Kubas aufrechterhalten. Kuba lieferte sein Zuckerrohr und andere Agrarprodukte und erhielt dafür notwendige Industriegüter, ohne aber eine eigene Industrie aufzubauen. Damit hatte Kuba seine Abhängigkeit gewechselt. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion suchte Kuba neue Partner und fand sie zunächst in europäischen Tourismuskonzernen, die Billigreisen nach Kuba anboten und dort Hotelketten aufbauten. Das half gegen den Druck der USA, befreite aber nicht aus der Abhängigkeit. Doch für den US-Imperialismus war selbst das unerträglich. Er wollte Kuba wieder in seinen Machtbereich bringen. Daher wurden die Sanktionen nie aufgehoben, sondern im Gegenteil weiter verstärkt. Kuba soll erdrosselt werden und jede noch so kleine Regung Richtung Unabhängigkeit erstickt werden.

Schon die begrenzte nationale Befreiung aus den Klauen des US-Imperialismus strahlte auf die gesamte Region, den „Hinterhof“ der USA, aus. So baute Kuba ein vorbildliches Bildungssystem und ein, gemessen an den begrenzten Mitteln, gutes Gesundheitssystem auf. In vielen Ländern Lateinamerikas schauten die Arbeiter und die Völker auf diese Errungenschaften, die es in ihren Ländern nie gab. Die Unterschiede waren so deutlich und sichtbar, dass viele in Kuba einen Ori-

entierungspunkt und eine Hoffnung sahen. Für den US-Imperialismus war das unerträglich. Selbst die kleinste Alternative zum Elend des Neokolonialismus war für die USA nicht tolerierbar. Viele Menschen in Lateinamerika sahen sehr wohl die Schwierigkeiten in Kuba, die fehlende industrielle Entwicklung, die fortgesetzte Abhängigkeit. Aber sie sahen gleichzeitig, dass selbst unter diesen schwierigen Bedingungen Fortschritte möglich waren.

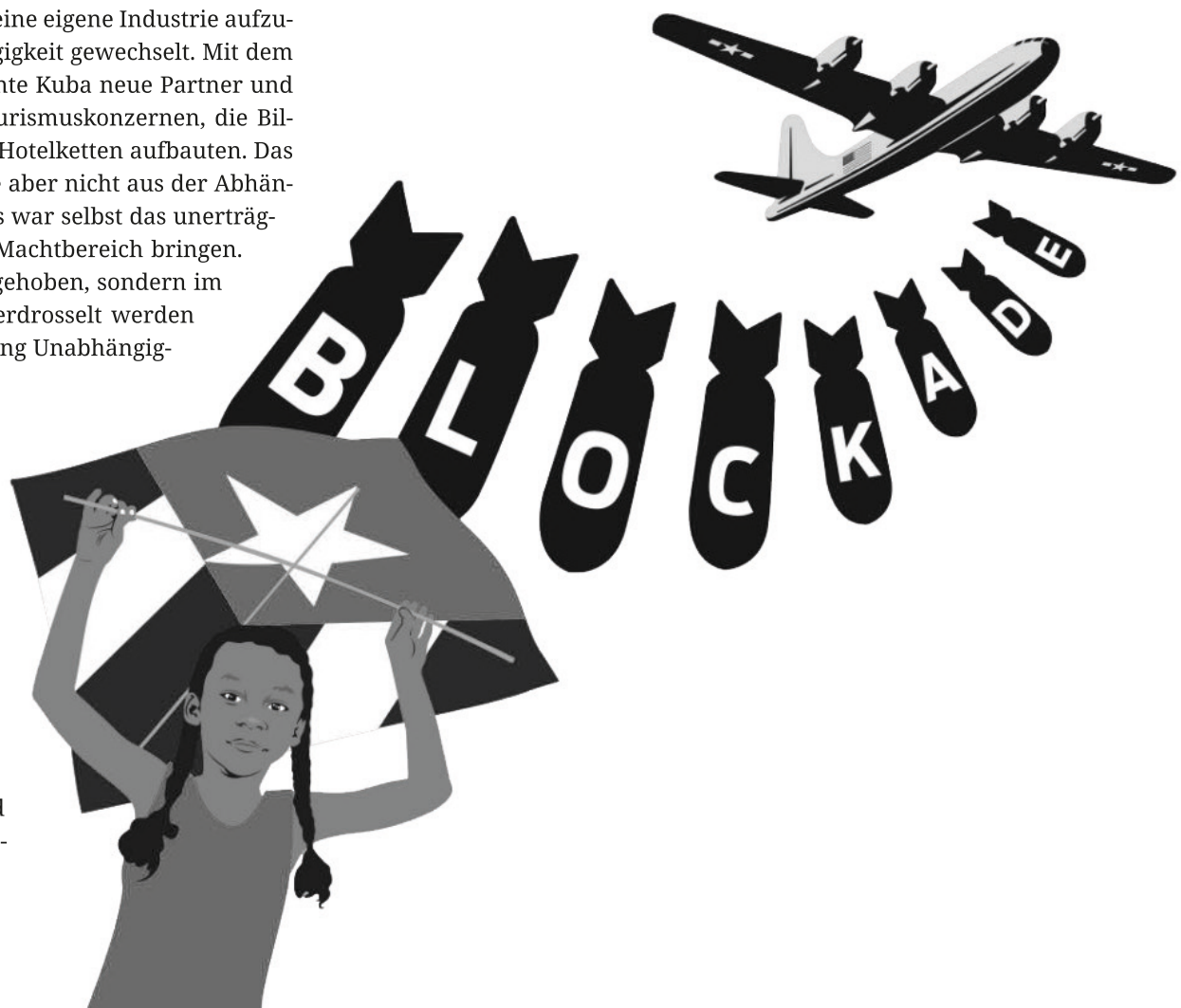
### Solidarität mit Kuba!

Seit 64 Jahren blockieren die USA die Insel und deren Wirtschaft. Wirtschaftspartner Kubas, selbst internationale Großbanken, schikanieren Washington mit Sanktionen. Die Commerzbank musste wegen Kuba-Geschäften in zwei Fällen über zwei Milliarden Dollar Strafe zahlen! Die Bayer AG wurde 2022 gezwungen, einen Großauftrag zur Lieferung von Tierarzneimitteln zu stornieren – und stellte dann alle Handelsbeziehungen zu Kuba ein. Selbst das solidarische „Netzwerk Kuba“ in Deutschland scheiterte mehrfach mit Überweisungen nach Kuba sowie mit dem Kauf von Hilfsgütern, weil Banken bzw. Lieferanten mögliche US-Sanktionen fürchten.

Im Rahmen seiner aggressiven Offensive in Lateinamerika droht Trump heute offen brutal und gewaltsam mit einem Regime-Change in Kuba. Er posaunt heraus, dass er mit Kuba machen könne, was er wolle. Trump lässt die Insel faktisch vollständig blockieren. Seit Monaten erreicht kein Tropfen Öl mehr das Land, das Kubas Energiewirtschaft immer noch dringend braucht. Dies führt zu Stromausfällen und Engpässen, die immer schwerer auszugleichen sind und die Bevölkerung hart treffen. Die USA hoffen, dass sie Kuba wie schon Venezuela wieder unter ihre Kontrolle bringen.

Eine starke internationale Solidarität ist notwendig, um den US-Imperialismus an seinen neokolonialen Plänen zu hindern! Solidarität mit Kuba! ★

Im Rahmen seiner aggressiven Offensive in Lateinamerika droht Trump heute offen brutal und gewaltsam mit einem Regime-Change in Kuba.



# Haben die USA den Irankrieg bereits verloren?

Von den öffentlich kommunizierten Zielen hat das Weiße Haus nach über zwei Monaten Krieg nur eines wahrscheinlich erreicht.

**D**ie militärischen Kapazitäten des Iran wurden geschwächt. Aber: Kein Regime Change, keine Mitbestimmung bei der Wahl der iranischen Führung, keine Aufhebung der faktischen Blockade der Hormus-Enge, keine direkt-militärische Unterstützung des Einsatzes durch Nato-Partner und kein schnelles Ende der militärischen Operation. Hat Washington also den Krieg bereits verloren?

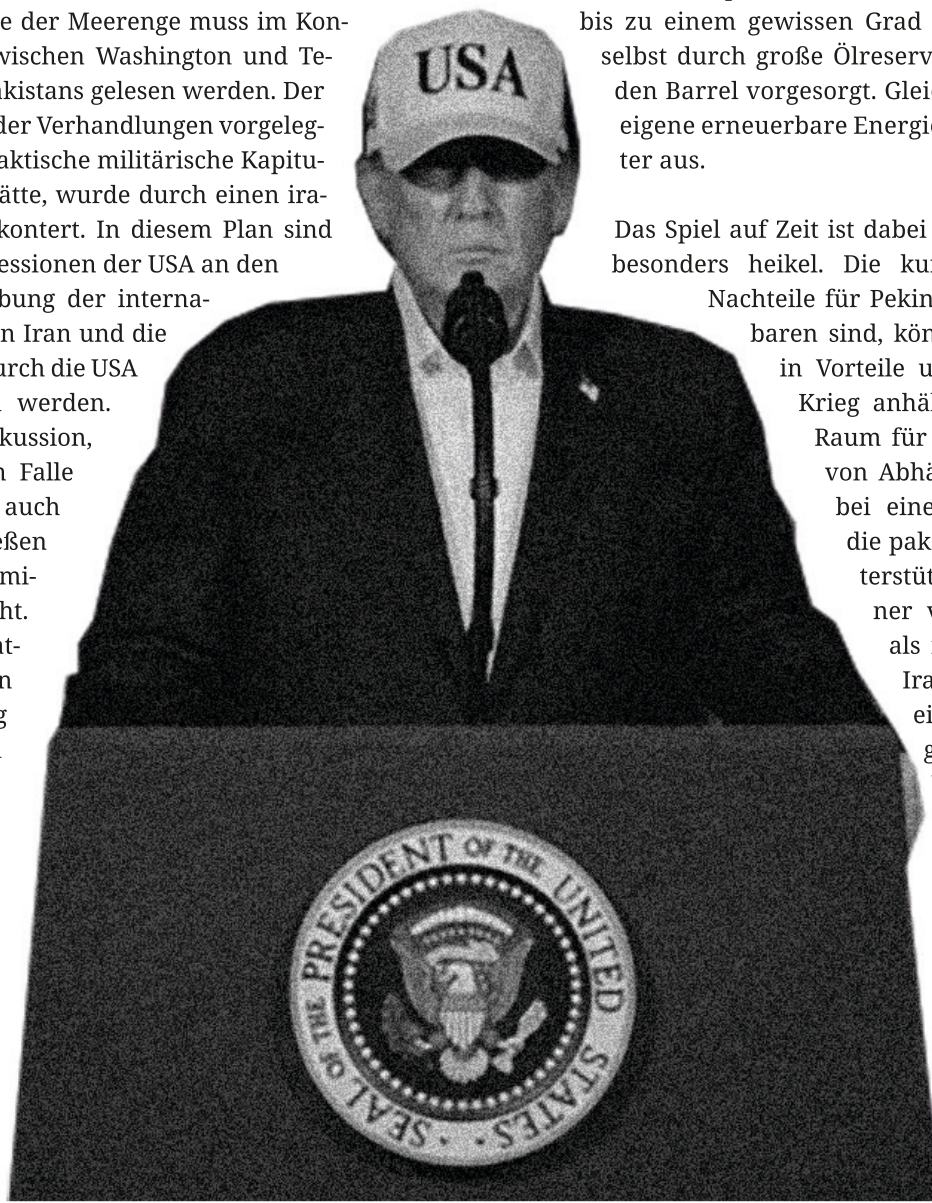
Die ständige Schließung der Straße von Hormus hat massive Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Einige Wirtschaftler gehen von Konsequenzen aus, die vergleichbar mit den Verheerungen der Ölkrise der 1970er Jahre sind. Nicht nur Spritpreise an den Zapfsäulen, sondern auch gestiegene Lebensmittelpreise und eine allgemeine Inflationstendenz sind die Folgen. Dabei geht es nicht um eine faktische Verknappung des Ölimports. Zumindest nicht auf Deutschland bezogen. Deutschland bezieht nur 10% des Erdöls aus der Region. Doch bedeutet die weltweite Verknappung eine Schrumpfung des Gesamtangebots, die durch Spekulationen an den Börsen kräftig angetrieben wird. Dadurch gibt es auf der einen Seite große Gewinne in der Ölindustrie und an den Finanzmärkten, auf der anderen Seite die Verteuerung des Lebens der Mehrheit der Menschen hierzulande.

Die anhaltende US-Blockade der Meerenge muss im Kontext der Verhandlungen zwischen Washington und Teheran unter Vermittlung Pakistans gelesen werden. Der von den USA am Vorabend der Verhandlungen vorgelegte 15-Punkte-Plan, der die faktische militärische Kapitulation Teherans bedeutet hätte, wurde durch einen iranischen 10-Punkte-Plan gekontert. In diesem Plan sind unter anderem große Konzessionen der USA an den Iran enthalten: u.a. Aufhebung der internationalen Sanktion gegen den Iran und die Versicherung, nie wieder durch die USA und Israel angegriffen zu werden. Weiterhin steht zur Diskussion, ähnlich wie die Türkei im Falle des Bosphorus, die Meerenge auch juristisch abgesichert schließen zu können, falls wieder ein militärischer Angriff bevorsteht. Die iranische Delegation hatte bei den Verhandlungen in Islamabad die Forderung unterbreitet, eine zwei Millionen US-Dollar hohe Transitgebühr pro Schiff erheben zu wollen, so dass jährliche Einnahmen von bis zu acht Milliarden US-Dollar generiert würden. Washington hat sich in gewissem Sinne in eine

Sackgasse manövriert. Der Krieg brachte zum Vorschein, was bereits in den 1980er Jahren im Zuge des Iran-Irak-Krieges gewusst wurde: Der Iran kann, selbst wenn militärisch unterlegen, durch die Blockade der Hormus-Meerenge den Druck auf seine eigenen Konkurrenten und die globalen Lieferketten massiv erhöhen.

Teheran hat im jetzigen Krieg gleich auf zwei Weisen den Preis in die Höhe getrieben. Einmal mit der besagten Blockade und gleichzeitig mit den Gegenangriffen auf jene Länder in der Region, die US-Militärbasen beherbergen oder sich der US-Dominanz untergeordnet haben. Bereits jetzt machen sich Kapitalabflüsse aus Dubai bemerkbar, die ihr Ziel immer öfter in China und Südostasien haben. Washington bleibt im Grunde nicht viel übrig, als am Eskalationsregler zu drehen, falls es nicht unter dem Diktat der vertraglichen Bedingungen des Iran den Krieg als offensichtlicher Verlierer beenden möchte. Die anhaltende Blockade durch die Trump-Administration soll den Trumpf der Mullahs relativieren. Die Blockade iranischer Häfen durch das US-Militär soll den Druck auf Teheran verstärken, von seinen bisherigen Maximalforderungen abzurücken. Die Überlegung der Trump-Administration, Peking durch zusätzliche Druckmittel gegen Teheran zu schwächen, läuft bisher ins Leere. Zwar ist die Straße von Hormus für den Export von Öl und Gas für China immer noch bis zu einem gewissen Grad relevant. Doch hat China selbst durch große Ölreserven von bis zu 1,3 Milliarden Barrel vorgesorgt. Gleichzeitig baut Peking seine eigene erneuerbare Energieinfrastruktur immer weiter aus.

Das Spiel auf Zeit ist dabei für den US-Imperialismus besonders heikel. Die kurzfristigen ökonomischen Nachteile für Peking, die bisher keine belastbaren sind, können langfristig betrachtet in Vorteile umschlagen. Je länger der Krieg anhält, desto größer wird der Raum für mögliche Verschiebungen von Abhängigkeiten. Peking ist dabei einer der Hauptakteure, der die pakistanische Vermittlung unterstützt. Auch Russland ist in einer vorteilhafteren Positionen als noch vor dem Beginn des Irankrieges. Trump lockerte einerseits die Sanktionen gegenüber Moskau. Die Verknappung von Öl führte zudem zu einer Verdopplung der russischen Öleinnahmen, die schließlich die eigenen Kriegskassen weiter füllen.



Besonders sichtbar ist das bereits im Falle der militärischen Abhängigkeit der Golfstaaten, die nach den iranischen Gegenangriffen auf US-Militärbasen und Raffinerien ihren Blick Richtung Europa wenden. Europäische und insbeson-

### Krieg gegen den Libanon

Im Windschatten des Iran-Kriegs verschärft Israel die Angriffe auf den Libanon.

Israel greift den Libanon nicht nur per Luftangriffen an, sondern setzt seine völkerrechtswidrige Bodenoffensive im Süden des Libanon fort. Wie auch im Gazakrieg begründet Israel diese Angriffe mit der Verteidigung seiner Sicherheit, die durch Terroristen wie Hisbollah-Kämpfer gefährdet sei. So rühmen sich die Regierungsvertreter Israels damit, binnen eines Tages Dutzende Kämpfer der Hisbollah getötet zu haben. Was verschwiegen wird, ist, dass durch die Angriffe seit Anfang März laut der für den Katastrophenschutz zuständige libanesisische Behörde bereits Mitte April 2.454 Menschen getötet und 7.658 weitere verletzt wurden. Über eine Million Menschen befinden sich auf der Flucht.

Israels Verteidigungsminister Katz, der die komplette Zerstörung aller Häuser zwischen Israel und dem etwa 30 km entfernten Fluss Litani auf libanesischem Staatsgebiet nach dem "Vorbild von Rafah und Beit Hanoun" fordert, erklärt, dass das Gebiet südlich des Litani vorerst eine Pufferzone sein soll. Die Machtverhältnisse sind klar, und auch die tatsächlichen Absichten liegen auf dem Tisch: Die Regierung Israels will ein „Großisrael“. Ein "Großisrael", das sich über das libanesisches Staatsgebiet erstreckt, meint, die Kontrolle über einen zentralen Knotenpunkt im Handel zwischen Europa, dem Nahen Osten und dem Mittelmeerraum zu haben.

dere deutsche Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall erhoffen sich durch die Hochrüstung der Golfstaaten ein gutes Geschäft. Der Nebeneffekt ist dabei eine zunehmende Verflechtung zwischen der EU und der Region, durch welche Brüssel und Berlin ihren Einfluss ausbauen können. Zu diesem Zwecke hat das Bundeswirtschaftsministerium auch die Bedingungen für Ausfuhrgenehmigungen in die Region bis Mitte September gelockert.

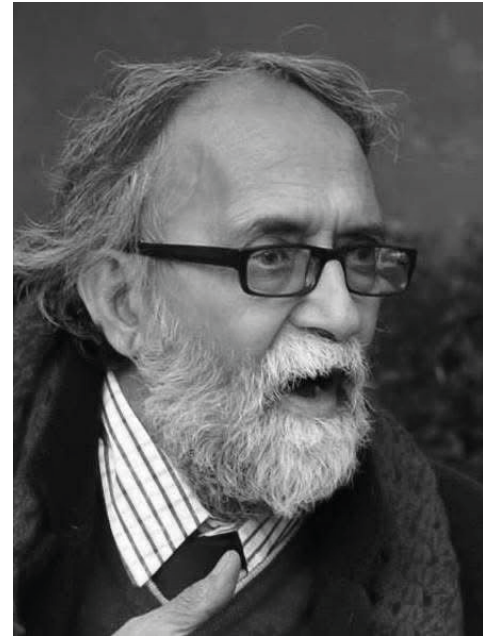
Doch verstärkt eine anhaltende Blockade gleichsam die Notwendigkeit der Neuorientierung, die über die Region hinausgeht. Dass deutsche Medien vom „US-Imperialismus“ sprechen oder kritisieren, dass die Bevölkerung nun doch nicht freier als zuvor ist, passt in die Logik deutscher imperialistischer Interessen. Derweil werden Waffen wieder auf Rekordniveau nach Israel geliefert und Ramstein als logistisches Militärzentrum weiterhin für den US-Krieg bereitgestellt. Die Parole „weder Trump-Krieg noch Mullah“ drückt die derzeitigen deutschen Interessen wohl am treffendsten aus. Je weiter der Krieg und die damit verbundene Blockade andauert, wird auch deutsches Kapital mit gestiegenen Produktionskosten konfrontiert sein. Andererseits bedeutet die weitere Existenz des bisherigen Regimes im Iran eine fortgesetzte starke Anbindung an China und Russland und die Beibehaltung internationaler Sanktionen, die deutsches Kapital bis heute daran hindern, aus dem vollen ökonomischen Potential des Iran zu schöpfen.

Merz möchte sich derweil an einer Marine-Mission in der Hormus-Meerenge beteiligen. Einerseits signalisiert die Bundesregierung, dass sie, wenn sie wollte, überall ihr eigenes Militär einsetzen kann. Das ruft Erinnerungen an den Einsatz am Roten Meer hervor, in der die Bundesregierung versucht hat, ihre militärische Präsenz und Einsatzfähigkeit zu demonstrieren. Doch bedeutete ein derartiger Einsatz auch eine wirkliche militärische Expansion des deutschen Imperialismus in die Region. Nach dem Motto: Berlin redet nicht nur, sondern handelt. Indem die Bundeswehr sich an der möglichen Hormus-Mission beteiligt, versucht der deutsche Imperialismus seinerseits die militärischen Verflechtungen zu verdichten und zum Faktor in der Region weiter aufzusteigen. Wenn die Revolutionsgarden überlegen sollten, die Meerenge nach einem Ende des Krieges wieder zu schließen, müssten sie sich überlegen, ob sie deutsche Kriegsschiffe angreifen und sich den deutschen Imperialismus zum Feind machen.

Die Aggressivität des US-Imperialismus, die seinen Ausdruck in Kriegen wie gegen den Iran findet, um in aller erster Linie den chinesischen Imperialismus als seinen Hauptkonkurrenten einzuhegen, ist paradoxerweise ein Eingeständnis, die allgemeine Tendenz des Abstiegs als Weltmacht immer weniger mit außer-militärischen Mitteln verlangsamen zu können. ★

Indien:

## Genosse Vijay Singh gestorben



Nach einer schweren Krankheit ist Genosse Vijay Singh im Alter von 79 Jahren gestorben.

Genosse Vijay Singh hat aktiv am Aufbau der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) mitgearbeitet und wertvolle ideologische und theoretische Beiträge zur Entlarvung des Revisionismus und zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gemacht. Als Akademiker und Genosse arbeitete er intensiv in den Archiven der UdSSR und der KPdSU, um die Wahrheit über den Aufbau des Sozialismus gegen die massiven Angriffe der herrschenden Klasse zu verteidigen.

In Indien war er als einer der Initiatoren der Organisation „Revolutionäre Demokratie“ ein Führer der Arbeiter- und Volksbewegung. Er arbeitete sowohl in Indien als auch international unermüdlich an der Stärkung der revolutionären Bewegung.

Mit seinem Tod haben wir nicht nur einen großen Genossen, sondern auch einen Freund verloren.

Wir werden sein Andenken ehren und als Ermutigung für unseren Kampf behalten! ★



# DER 8. MAI BLEIBT UMKÄMPFT

Unter Schlagworten wie der „Staatsräson“ wird das Gedenken an die Opfer des deutschen Faschismus genutzt, um die Politik der herrschenden Klasse im Hier und Jetzt zu rechtfertigen. Doch dafür muss die Geschichte an vielen Stellen auch verbogen werden oder lückenhaft bleiben.

**W**ährend nach dem Zweiten Weltkrieg die Gedenkstätten und -orte gesellschaftlich organisiert wurden, ist die Finanzierung seit 1993 durch den Staat geregelt. Damit entscheidet der Bund, wer wie viel Geld bekommt. Grundlage sind die Gesamtkonzepte des Kultusministeriums. Das aktuelle Kulturministerium untersteht Minister Wolfram Weimer, einem engen Vertrauten von Friedrich Merz, der mit seinem „Konservativen Manifest“ ein „Handbuch über die tiefen Kraftquellen des Konservativseins“ veröffentlichte. Er macht zwei Säulen der deutschen Erinnerungskultur fest: Zum einen das Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus als auch an das SED-Unrecht. Sein Konzept für die Erinnerungskultur löst das seiner Vorgängerin Claudia Roth (Grüne) ab, die neben den zwei Säulen der deutschen Erinnerungspolitik drei weitere Felder in den Fokus nehmen wollte: den Kolonialismus, die Geschichte der Einwanderungsgesellschaft sowie die rechte Gewalt. In dem von Weimer neu überarbeiteten Konzept für Gedenkstätten heißt es: „Die neue Konzeption würdigt die Arbeit und die bisherigen Leistungen der Gedenkstätten. Dabei bekräftigt sie zwei Grundpfeiler der deutschen Erinnerungskultur: Sie bekennt sich zur Singularität der Shoah und benennt klar das Unrecht der SED-Diktatur. Außerdem unterstützt sie die politische Unabhängigkeit und die wissenschaftliche Fundierung der Gedenkstätten. Es sei wichtig, dass diese weiterhin gewahrt bleiben.“ Dieses Konzept offenbart bereits viele dahinterstehende Auffassungen, die für die deutsche Erinnerungspolitik üblich sind: Einerseits eine von der Hufeisentheorie gestützte Anschauung, die den Faschismus und die DDR als „die beiden deutschen Diktaturen“ in eine Ecke rücken.

Mit dem Begriff der Singularität der Shoah andererseits ist gemeint, dass die Shoah sich mit anderen Massenverbrechen nicht vergleichen ließe. Der sogenannte Historikerstreit in den 1980ern prägte diesen Begriff: Damals kamen zahlreiche rechte Stimmen auf, die in revisionistischer Weise versuchten, einen „Schlussstrich“ unter das Gedenken an den Faschismus zu ziehen. Einer davon war Ernst Nolte, der den Holocaust als Folge des Stalinismus darstellte: „War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?“, fragte er in der FAZ. Als Reaktion taten sich zahlreiche Intellektuelle, besonders Jürgen Habermas, hervor, die besonders unter der Kanzlerschaft von

Helmut Kohl (CDU) vor einer „Entsorgung der Vergangenheit“ warnen. Der Relativierung wurde die Singularität des Holocausts entgegengesetzt. Diese wurde schließlich in der Geschichtsschreibung und vor allem der politischen Diskussion immer gängiger angenommen. Doch mit dieser Anschauung, die eigentlich das Ausmaß der Verbrechen deutlich machen soll, gehen auch Probleme einher:

Das Gedenken an den Faschismus wird auf die Shoah reduziert, wobei es neben der Shoah, die definitiv und fraglos eines der menschenverachtenden Verbrechen des Faschismus darstellt, auch weitere Verbrechen gegeben hat. Dazu gehören die Verfolgung und Ermordung politischer Gegner des NS-Regimes, das Vernichten von weiteren ethnischen und religiösen Minderheiten sowie behinderter Menschen als auch die Zwangsarbeit von Millionen Menschen wie Kriegsgefangenen, die sich in Konzentrations- und Arbeitslagern zu Tode arbeiten mussten. Die Shoah wird als außerhalb menschlicher Vernunft betrachtet – als unerklärbares Böses, für das jeder Erklärungsversuch einer Relativierung gleichkommt. Diese Anschauung ist auch typisch für die deutsche Erinnerungskultur, besonders ab den 1990ern:

Der Widerstand gegen den Faschismus wird kaum betrachtet. Dass es vor allem Kommunisten und die organisierte Arbeiterbewegung waren, die dem Faschismus etwas entgegengesetzten, ist heute nicht mehr einfach herauszufinden. Exemplarisch sieht man das an der Umgestaltung der Gedenkstätte des KZ Buchenwald, in dem die Häftlinge sich selbst befreiten und ihren berühmten Schwur leisteten: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“. Nach der Umgestaltung der Gedenkstätte wurde die Selbstbefreiung relativiert und in der Gedenkstätte die Befreiung durch die Amerikaner behauptet.

Auch die Rolle der Roten Armee bei der Befreiung vom Faschismus, die mit Abstand die meisten Menschen in ihrem jahrelangen, eisernen Widerstand gegen den faschistischen Vernichtungskrieg verlor, wird immer weiter aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt. Das geht so weit, dass das Zeigen von Flaggen der Sowjetunion an den sowjetischen Ehrenmälern in Berlin am Tag der Befreiung, dem 8. Mai, seit einigen Jahren per Allgemeinverfügung verboten wird.

Noch deutlicher wird die Verengung, wenn man sich die Slogans

zum Gedenken anschaut, die heute verwendet werden. Der von Überlebenden wie Esther Bejarano und auch der Friedensbewegung über Jahrzehnte hochgehaltene Spruch zum Gedenken lautet: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus“. Das deutet auf ein Verständnis hin, das den Faschismus nicht als alleinstehendes Verbrechen, sondern als ein System versteht, das im Zusammenhang mit Krieg und Militarismus steht und auch den Kampf gegen Faschismus und für Frieden verbindet. Im offiziellen Gedenken hört man diese Slogans jedoch kaum – nicht einmal der Begriff Faschismus ist gängig. Viel häufiger wird die Selbstbezeichnung der Faschisten, „Nationalsozialismus“ übernommen, der nahelegt, dass der Faschismus etwas mit Sozialismus zu tun gehabt hätte, und der Begriff Faschismus als „ideologisch“ zurückgewiesen. Dabei ist es gerade der Faschismusbegriff, der zeigt, was die verschiedenen Regime von Deutschland über Italien, Japan und Spanien gemeinsam hatten, und sie zu erklärbareren politischen Herrschaftssystemen macht. Der Faschismusbegriff erlaubt es, die Frage zu stellen, wie es überhaupt dazu kommen konnte und nach dem Verhältnis von bürgerlicher, parlamentarischer Demokratie und faschistischer Diktatur zu fragen, zu hinterfragen, ob der Faschismus ein eigenständiges politisches System ist oder eine andere Form von Kapitalismus und Imperialismus. Doch all das wird nicht gefragt. Besonders der Zusammenhang zum Krieg wird aus dem Gedenken herausgehalten. Es ist kein Zufall, dass Joschka Fischer (Grüne) zur Rechtfertigung des ersten deutschen Kriegseinsatzes seit dem Zweiten Weltkrieg, dem Kosovokrieg, das Gedenken an den Faschismus nutzte und die Beteiligung rechtfertigte mit: „Auschwitz ist unvergleichbar. Aber ich stehe auf zwei Grundsätzen, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus.“ So müsse die Nato eingreifen, um einen Völkermord zu verhindern. Seine konsequente Weiterführung findet das in der heutigen Staatsräson.

### Die Staatsräson

2008 erklärte die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel die Sicherheit Israels erstmals zur deutschen Staatsräson. Unter der Ampel hatte es im Koalitionsvertrag auch so geheißen. Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg und Genozid in Gaza und am palästinensischen Volk ist die Staatsräson wieder in den Fokus gerückt und verschärft worden. Die Bundesregierung hat unter dem Vorwand der Staatsräson Waffen in Millionenhöhe nach Israel geliefert, eine einschneidende Antisemitismusresolution verabschiedet und seit 2023 die Repressionen massiv verschärft und die staatliche Sanktionierung und Überwachung stark ausgebaut. Auf der Seite des Kultusministeriums heißt es: „Die Shoa in ihrer Singularität mahnt, energisch gegen jede Form von Antisemitismus einzutreten. Deswegen folgte der Deutsche Bundestag in einem Beschluss aus dem Jahr 2019 der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA. Diese wurde durch das Bundeskabinett 2017 mit folgendem Zusatz politisch indossiert: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Diese Resolution trägt den Titel „Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken!“ Auch hier wird ein Bezug zur Singularität der Shoah gemacht und das „Nie wieder!“ verengt und instrumentalisiert, denn die IHRA-Definition ist ganz im Sinne der Staatsräson und führt zu krassen Einschnitten der Grundrechte. Bei Amnesty International heißt es dazu: „Die Meinungs-, Kunst-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit könnten verletzt werden – auch weil unbestimmte Definitionen Rechtsunsicherheit erzeugen. Von der Meinungsfreiheit geschützte Kritik israelischer Politik könnte zukünftig als antisemitisch eingestuft und sanktioniert werden. Auch die Wahl des Mittels der Bundestagsresolution, die rechtlich nicht bindend ist und deren Verhandlungsprozess sehr intransparent verläuft, ist kritikwürdig.“

Folgen dessen haben sich schon niedergeschlagen: Pro-palästinensische Demonstrationen werden verboten, sabotiert oder diffamiert, Studierende werden exmatrikuliert, Künstlerinnen und Künstler werden wegen des Vorwurfs des Antisemitismus ausgeladen und in Gedenkstätten wie im KZ Buchenwald gilt ein Kufiya-Verbot. An diesem Vorgehen zeigt sich deutlich, wie Geschichte und kollektives Gedenken für heutige politische Zwecke instrumentalisiert werden. Deutschland steht durch die Staatsräson bedingungslos an der Seite Israels und hat mit Hilfe von Waffenlieferungen in Millionenhöhe an Israel den Krieg und Genozid befeuert. Auch seit dem fragilen Waffenstillstand in Gaza mischt Deutschland mit, um die „zweite Phase des Friedensplans“ zu verwirklichen. Kein Wort zu den zehntausenden palästinensischen Opfern und der Mitschuld der internationalen Staatengemeinschaft. Das ist auch nicht verwunderlich, denn auch Deutschland verfolgt mit der Umgestaltung des Nahen Ostens im Zuge der Kriege in Gaza, Iran und Libanon und den politischen Unruhen wie in Syrien eigene Interessen. Im Kern geht es darum, in dieser Umbruchphase nicht zu kurz zu kommen. Und um diese Interessen außenpolitisch umzusetzen, bedarf es innenpolitisch genügend Zuspruch. Dazu gehört, dass kritische Stimmen mundtot gemacht werden sollen. Und hier kommt die Instrumentalisierung der Erinnerungspolitik ins Spiel. Die Geschichte wird verengt und wesentliche Punkte des Faschismus wie Zwangsarbeit, die Verfolgung von politischen Gegnern oder Widerstand gegen Ausbeutung und Krieg sowie die Hoffnung auf eine Gesellschaft in Freiheit und Frieden, absichtlich außen vorgelassen. Stattdessen wird eine Erinnerungspolitik mit allen Mitteln vorangetrieben, die den eigenen Interessen dienlich ist.

### Echte Erinnerungspolitik

Echte Erinnerungspolitik muss sich mit den gesamten Tatsachen, ihrer wissenschaftlichen Aufarbeitung und Erklärung auseinandersetzen und Lehren für die Gegenwart ziehen. Der Faschismus war und ist die politische Formation, die sowohl den Holocaust als auch den opferreichsten Krieg der Menschheitsgeschichte hervorgerufen hat. Doch diese Formation hat Bedingungen, unter denen sie entsteht. Selbst solch unvorstellbare Verbrechen haben Profiteure. Und auch die deutsche Geschichte liefert sehr viel Lehrreiches darüber, wie der Faschismus entstand, als der Kapitalismus an seine Grenzen stieß. Wie er aufgebaut wurde, um ein System am Laufen zu halten, was bereits davor und auch danach für Leid und Kriege auf der ganzen Welt verantwortlich war. Der Faschismus ist die brutalste und aggressivste Form dieses Systems, aber es ist dasselbe System, das für die Verbrechen der Kolonialzeit, Kriege und Plünderungen überall auf der Welt, für Hungersnöte und Krisen und Verarmung und Elend bis heute verantwortlich ist. Dieses ist mit dem Ende des Faschismus nicht besiegt worden. Viel mehr wurden die Verbrechen des Faschismus lange unter den Teppich gekehrt und seine Profiteure und Köpfe in den wenigsten Fällen wirklich bekämpft. Kampagnen wie „Nie wieder ist jetzt“ werden unter anderem vom Bayer-Konzern unterstützt, dem Nachfolger der IG Farben, die ein eigenes Konzentrationslager in Auschwitz errichteten, um die Häftlinge arbeiten zu lassen, bis sie tot waren. Die heutige Erinnerungspolitik wird gestaltet von Parteien wie der CDU, in der nach dem Zweiten Weltkrieg hochrangige Nazis wie Hans Globke, Hans Filbinger oder sogar Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger eine steile Karriere machten. Das sind diejenigen, die heute erklären wollen, wie Erinnerung auszusehen hat – nämlich so, dass nach ihrer Rolle darin nicht gefragt wird. Der Schwur, den die Überlebenden bei der Befreiung von Buchenwald leisteten, ist bis heute ein konkreter Auftrag: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ ★

Genosse Uli Feuerhelm

# Ein Kämpfer ist gestorben

Uli wurde schon als Jugendlicher und später in der 68er-Bewegung aktiv. Er war tief in der Arbeiterklasse verankert und bis zum Schluß ein Kämpfer.

**U**li wurde in einer bürgerlichen Familie geboren und christlich erzogen. Aber schon als Jugendlicher ging er seine eigenen Wege und wurde in der 68er-Bewegung aktiv. Als Student schloss er sich in Mainz dem SDS an, leitete eine marxistisch-leninistische Studiengruppe und wurde schließlich Mitglied der KPD/ML.

Er selbst gibt ein Gedicht von Bertolt Brecht als Leitlinie für seine Entwicklung an:

*„Ich bin aufgewachsen als Sohn wohlhabender Leute. Meine Eltern haben mir einen Kragen umgebunden und mich erzogen in den Gewohnheiten des Bedientwerdens und unterrichtet in der Kunst des Befehlens. Aber als ich erwachsen war und um mich sah, gefielen mir die Leute meiner Klasse nicht. Nicht das Befehlen und nicht das Bedientwerden. Und ich verließ meine Klasse und gesellte mich zu den geringen Leuten.“*

1970 gab er sein Studium in Deutsch und Geschichte auf und fing nach einer kurzen Beschäftigung als Hilfsarbeiter bei den Feinmechanischen Werken Mainz (FMW) eine Lehre als Feinmechaniker an. Schon am ersten Tag beteiligte er sich an einem Streik für einen Nachschlag zu den Tarifverhandlungen – eine breite Bewegung in ganz Deutschland. Bald wurde er zum Vorsitzenden der Jugendvertretung gewählt. Gegen die Streichung von Unterrichtsstunden in der Berufsschule mobilisierte er die gesamte Lehrwerkstatt unter dem Transparent „Hält man den Lehrling dumm und willig, ist er als Arbeitskraft schön billig!“

Durch sein Engagement wurde er Vorsitzender der IG-Metall-Vertrauensleute und bei der nächsten BR-Wahl über die Liste „Aktive Metaller“ Betriebsratsvorsitzender. 1992 kündigte er bei FMW und begann als Sekretär der IG Metall zunächst in Thüringen, dann bei der Verwaltungsstelle Mainz und schließlich als Sachbearbeiter in der Abteilung Handwerk des IG Metall Vorstandes. Nach Ende der Berufstätigkeit bei der IG Metall wurde er zum Vorsitzenden des DGB-Kreisverbandes Alzey-Worms gewählt.



Trotz seiner politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten war er auch ein Familienschmied, dem seine Frau, seine Kinder und Enkel wichtig waren. Mit seinem politischen Einsatz kämpfte er auch für die Zukunft seiner Kinder und Enkel. Seine marxistisch-leninistische Gesinnung hat Uli nie aufgegeben. Trotz des Niederganges der KPD/ML ließ er sich nicht entmutigen. Er suchte Kontakt zur Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

und wurde aktives Mitglied. Dabei war er unermüdlich, suchte neue Wege, brachte viele Anregungen ein und arbeitete nach Kräften mit. Wichtig war ihm nicht seine Person, sondern die Interessen der Arbeiterklasse und der Kampf für den Sozialismus. Für sich selbst war er bescheiden, für den Sozialismus und die Revolution war er ein Antreiber. Wir werden Uli Feuerhelm in ehrendem Andenken behalten und in seinem Geist weiterkämpfen!



# LESERBRIEFE & AUFRUFE

## ZUM LEITARTIKEL DER APRIL-AUSGABE

Liebe AZ Redaktion,

mit sehr großem Interesse habe ich den Leitartikel der April Ausgabe gelesen. Ich teile eure Einschätzung, dass die Erzählung, dass Russland 2029 Deutschland angreifen wird, als Lüge zu entlarven. Es wird gut beschrieben, wie diese Jahreszahl rein willkürlich entstanden ist und nur der Legitimierung der Aufrüstung in Deutschland dient und dazu diese Aufrüstung als notwendige Verteidigung zu verkaufen. Gleichzeitig finde ich es wichtig, dass die Behauptung einer „Bedrohungslüge“, die sagt, dass Russland und China in Wahrheit Friedensmächte sein, im Artikel ebenfalls zurückgewiesen wird. Denn die zunehmenden Kriege sind folge der konkurrierenden Interessen der imperialistischen Mächte wie Deutschland oder Russland. Der Ukrainekrieg ist ein Schauplatz dieser Konflikte zwischen den Großmächten, in dem Russland und auch der Westen ihre Interessen militärisch durchsetzen wollen. Diese Kriege sind ständiger und zwingender Bestandteil der kapitalistischen und imperialistischen Weltordnung.

Das ist der Grund, warum ein Krieg, an dem sowohl Deutschland als auch Russland direkt beteiligt sind, prinzipiell möglich ist. Und die Bundesregierung trifft auch konkrete Vorbereitungen dazu. In der AZ Sonderausgabe zum 1. Mai wird beschrieben, wie der „Operationsplan Deutschland“ der Bundeswehr Truppenverlegungen zur Nato-Ostflanke probt und die Infrastruktur in Richtung Osten gezielt ausgebaut wird. Die Propaganda zum Jahr 2029 will uns weismachen, dass durch die Aufrüstung ein Angriff auf Deutschland verhindert werden würde. Aber in Wirklichkeit ist es genau andersherum: Mit der Aufrüstung steigt immer mehr die Gefahr, dass es in Zukunft zu einem Krieg in Osteuropa kommt, an dem Deutschland unmittelbar auch mit Soldaten beteiligt ist. Zwei Weltkriege haben gezeigt, was geschieht, wenn es so weit kommt. Es gilt, den dritten zu verhindern.

## ZUR GEWALT GEGEN FRAUEN

Liebe Redaktion,

Die Artikel zum Schwerpunkt des Frauenkampfs, insbesondere zu den Rollenbildern waren eine tolle Basis für Auseinandersetzungen rund um den Frauenkampftag. Eine Frage, die bei bis jetzt zwar immer mal wieder in Veröffentlichungen aufgemacht, aber nicht hinreichend beantwortet wird ist die Frage nach der Herkunft der Gewalt gegen Frauen. Wir können zwar die Ausmaße feststellen und auch einen Mangel an Maßnahmen dagegen, wie beispielsweise Frauenhausplätze. Wir sehen auch, dass die Gewalt in Zeiten von Krieg und Krise steigt. In der Auseinandersetzung mit jungen Frauen begegnet uns immer wieder die Frage, mit welchem Interesse Männer Gewalt ausüben, bis zu dem Punkt, an dem Männer per se als Feindbild dargestellt werden. Anstatt uns anhand unseres Geschlechts spalten zu lassen, sollten wir also eine Antwort entwickeln, die die Gewalt in den Rollenbildern und der Abhängigkeit der Frau verorten kann, um zu erklären, warum der Besitzanspruch der Männer in Deutschland im Zweifelsfall auch juristisch anerkannt wird.

## SCHICKT UNS LESEBRIEFE!

Du hast eine Ergänzung, Kritik oder auch positive Rückmeldung zu einem Artikel? Du denkst etwas wurde falsch dargestellt oder wesentliche Argumente fehlen? Dir fehlt es an Artikeln zu bestimmten Themen? Du hast Kampferfahrungen oder Probleme aus deinem Betrieb die es sich lohnen zu teilen? Du kannst wertvolle Einblicke in Kämpfe an Unis, Schulen oder Nachbarschaften teilen oder von Problemen dort berichten? **Dann schreib uns!** Denn wir brauchen eure Rückmeldungen und Beiträge um die Zeitung ständig weiter zu entwickeln.

**Wir veröffentlichen Leserbriefe und Berichte aus Betrieb, Schule, Uni, Alltag und Nachbarschaft.**

## SOLIDARITÄT MIT DER UNIDAD POPULAR (ECUADOR)

Seit März dieses Jahres führen unsere Genossen und Freunde in Ecuador einen politischen Kampf, um die rechtliche Registrierung von Unidad Popular, d.h. deren Wahlzulassung zu verteidigen. Im Rahmen der autoritären Politik der Regierung von Daniel Noboa leitete der Nationale Wahlrat (CNE) ein Gerichtsverfahren ein, um die Partei Unidad Popular für illegal zu erklären, mit der Begründung, dass sie nicht über die für die Aufrechterhaltung ihrer Registrierung erforderliche Mindestanzahl an Mitgliedern verfüge. In diesem Verfahren hat die CNE gegen Verfahrensvorschriften verstoßen und mehrere Unregelmäßigkeiten begangen. Vor allem hat sie ein Rechtsgutachten erstellt, das nicht der Realität entspricht. Diesem zufolge soll Unidad Popular etwa 170.000 Mitglieder verloren haben, sodass ihr nun nur noch etwas mehr als 30.000 Mitglieder verbleiben und sie somit die für die Aufrechterhaltung ihrer Registrierung erforderliche Mindestanzahl nicht mehr erreicht. Dies ist völlig falsch: Unidad Popular wurde rechtmäßig mit etwas mehr als 200.000 Mitgliedern registriert. Die Wahlbehörde selbst hat vor wenigen Tagen eine offizielle Bescheini-

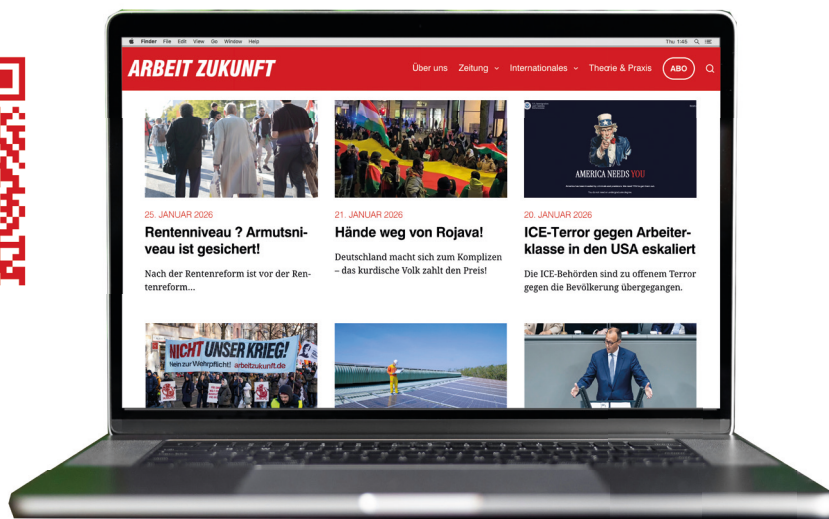
gung ausgestellt, aus der hervorgeht, dass es in den letzten vier Jahren lediglich 1.410 Austritte gegeben hat. Während dieser ganzen Zeit hat die Unidad Popular politische Aktionen auf der Straße durchgeführt und eine solide rechtliche Verteidigung aufgebaut, die die Stichthaltigkeit ihrer Argumente unter Beweis gestellt hat.

Daniel Noboa hat eine Reihe von Maßnahmen vorangetrieben, die darauf abzielen, die Oppositionskräfte und die organisierte Volksbewegung zu schwächen. Es gibt eine klare Vorgehensweise, die darauf abzielt, sozialen Protest zu kriminalisieren: Mehrere Volksführer und Aktivisten sehen sich wegen ihrer Teilnahme an Mobilisierungen gegen die Regierung mit Gerichtsverfahren konfrontiert. Die Unidad Popular kündigte an, ihre Aktionen auf der Straße und ihre rechtlichen Schritte fortzusetzen. Sie ruft international dazu auf, sich an der internationalen Verurteilung dieser autoritären und undemokratischen Maßnahme zu beteiligen und Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiter und des ecuadorianischen Volkes zu fördern.

# Du willst keinen Artikel mehr verpassen?

Wir veröffentlichen regelmäßige Artikel zu aktuellen Fragen auf unserer Website: [arbeitzukunft.de](http://arbeitzukunft.de)

In unserem Infokanal auf WhatsApp wirst du regelmäßig benachrichtigt:



## Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.  
Solidaritätsabo: 60€ im Jahr  
Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an [abos@arbeit-zukunft.de](mailto:abos@arbeit-zukunft.de) oder den QR-Code scannen

